

Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand

Die politischen Entwicklungen haben sich in den vergangenen Monaten und Jahren enorm beschleunigt. Die Ereignisse und Probleme, die tagesaktuelle Aufmerksamkeit verlangen und diskutiert werden, lösen sich in immer schnellerem Rhythmus ab: Wahlerfolg von Syriza und große Mehrheit des „OXI“, des „Nein!“ beim Referendum gegen die Austeritätspolitik in Griechenland – und dennoch Unterzeichnung eines dritten „Memorandums“ zur Fortsetzung der Umverteilung zulasten der Lohnabhängigen; die schwelende Staatskrise in Spanien; Krise des europäischen Grenzregimes durch die Ankunft von Hunderttausenden von Geflüchteten und deren Unterstützung durch die Vielen – gleichzeitig die Militarisierung der EU-Außengrenze, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums und neue Einschränkungen des Asylrechts; Aufstieg des „Islamischen Staates“; Terroranschläge mit Hunderten von Toten; Bewegung gegen das neue Arbeitsgesetz und andauernder Notstandszustand in Frankreich; die breite Unterstützung für Bernie Sanders oder Jeremy Corbyn; der Aufstieg der neuen Rechten und des autoritären Populismus in der EU, die Zustimmung zum „Brexit“ und die Wahl Trumps zum US-Präsidenten; Wiederaufnahme des Kriegs der türkischen Regierung gegen die Kurden; Putschversuch in der Türkei, „Gegenputsch“ der AKP-Regierung und Ausnahmezustand; blutige Kriege in der Ukraine, in Syrien, im Jemen; neue Konfrontation zwischen China bzw. Russland auf der einen Seite und dem „Westen“ auf der anderen Seite, aber auch zwischen Regionalmächten wie dem Iran und Saudi-Arabien – um nur einige Themen zu nennen, die die öffentliche Diskussion in den letzten zwei Jahren bestimmt haben.

Die kritisch-materialistische Analyse, um die wir uns in der PROKLA bemühen, kommt ins Hintertreffen, sie hinkt der schnellen Abfolge, der Verschiebung der Herausforderungen und Prioritäten hinterher. Eine solche Analyse und eine theoretisch begründete Einschätzung von Entwicklungen folgen ohnehin einem anderen Rhythmus als die durch Ereignisse, politische Handlungszwänge und den Takt der täglichen Nachrichten bestimmte, also herrschende öffentliche

1 An diesem Text haben Alex Demirović, Julia Dück, Jakob Graf, Henrik Lebuhn, Thomas Sablowski, Dorothea Schmidt, Etienne Schneider, Felix Syrovatka und Markus Wissen mitgearbeitet.

Meinung oder die politische Praxis der emanzipatorischen Kräfte. Für uns als Redaktion stellt sich die Frage, ob es nicht zwischen vielen dieser Vorgänge innere Zusammenhänge gibt. Damit soll nicht gesagt sein, dass es die eine, die einzige und umfassende Ursache gäbe. Ein innerer Zusammenhang kann sich aus der Gleichzeitigkeit einer Vielzahl ungleichzeitiger Praktiken, Vorgänge, Prozesse und Entscheidungen herstellen, die sich zu einer besonderen Konstellation fügen oder zu einer solchen gefügt werden. Diese ist kontingent, und doch wird sie ab einem bestimmten Zeitpunkt alternativlos und bestimmt das relevante Kräfteverhältnis, in dem die Gesellschaftsmitglieder sich positionieren und handeln müssen.

Die Zusammenhänge lassen sich auf verschiedene Weisen darstellen: Einerseits chronologisch – so folgten auf die Subprime-Hypothekenkrise in den USA die globale Finanzkrise und die große Rezession, auf diese die Krise der staatlichen Refinanzierung und die „Euro-Krise“, die Austeritätspolitik und die Kämpfe gegen die Krisenfolgen. Gleichzeitig ist klar, dass zwar die politische Bearbeitung von Krisenprozessen neue Widersprüche hervorruft, die Ursachen der multiplen Krisenprozesse jedoch nicht darauf reduziert werden können. Daher lassen sich die Zusammenhänge der vielfältigen Prozesse andererseits auch als ‘synchrone’ beschreiben: als vielfältige gesellschaftliche Widersprüche, die sich in den letzten Jahrzehnten auf der Grundlage der neoliberalen Umgestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche entwickelt und dort zu je spezifischen Zuspitzungen geführt haben; und die daher zusammenhängen, aufeinander bezogen sind und sich wechselseitig beeinflussen. Wir versuchen hier, sowohl den synchronen als auch den diachronen Zusammenhängen nachzugehen, um uns dadurch einer Analyse der aktuellen Situation und ihrer Erklärung zu nähern. Ausgehend von einigen Krisenzusammenhängen, denen wir den ersten Teil des Textes widmen, versuchen wir im zweiten Teil eine Analyse der aktuellen Veränderungen der politischen Konstellationen. Es geht uns letztlich darum, die gegenwärtige politische Konjunktur zu analysieren, um die Grundlagen für die Entwicklung einer angemessenen Strategie der Linken zu schaffen. Dabei ist es unseres Erachtens notwendig, die Analyse der zunächst disparat erscheinenden Momente der aktuellen Situation in den größeren Zusammenhang der Analyse der Entwicklung und Krise des neoliberalen, finanzdominierten Kapitalismus einzubetten.

1. Die Krise der neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise

1.1 Der Charakter der Krise

Betrachtet man die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007ff. lediglich als eine der zyklischen Krisen des Kapitalismus, wie sie mehr oder minder regelmäßig etwa alle zehn Jahre auftreten, so wird man zu dem Schluss kommen, dass diese

Krise längst überwunden wurde: Auf die globale Rezession, die im Frühjahr 2009 ihren Tiefpunkt erreichte, folgte in den meisten Ländern ein Aufschwung, der das frühere Reproduktionsniveau annähernd wiederherstellte (vgl. u.a. Krumbein 2014). Lediglich in der EU gab es den gefürchteten „double dip“, d.h. eine zweite Rezession 2011-2012. Aber auch hier sind in den meisten Ländern inzwischen wieder positive Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen. Allerdings sind diese in den letzten Jahren im historischen Vergleich äußerst niedrig, sodass man eigentlich von einer anhaltenden Stagnation sprechen muss. Auch mit dem gegenwärtigen Konjunkturzyklus scheint sich der seit den 1970er Jahren offensichtliche Trend sinkender Wachstumsraten fortzusetzen. Schon dieses Faktum verweist darauf, dass es verkürzt wäre, die jüngste Krise nur als „kleine“, zyklische Krise zu behandeln.²

Unsere These ist, dass die jüngste Krise eine „große“, „strukturelle“ Krise ist, die nicht durch kleinere Anpassungsprozesse im Rahmen der vorherrschenden neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise des Kapitalismus überwunden werden kann, sondern diese selbst infrage stellt. Es handelt sich nicht nur um eine ökonomische Krise, sondern um eine *organische Krise* im Sinne Antonio Gramscis, die sich auch im Politischen, in einer Krise der Demokratie und in verschärften internationalen Konflikten manifestiert. Nicht alle Probleme der gegenwärtigen Situation lassen sich, selbst wenn sie mit dem globalen Kapitalismus zusammenhängen, unmittelbar auf die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise zurückführen. Aber auch die seit längerem diagnostizierten Krisentendenzen in den Bereichen der Reproduktion der Arbeitskraft, der Geschlechter- oder der gesellschaftlichen Naturverhältnisse werden, obwohl sie ihre spezifische Zeitlichkeit haben und sich gemäß ihrer eigenen Rhythmen entwickeln, durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in ein besonderes Licht getaucht. All diese verschiedenen Krisentendenzen interagieren auf spezifische Weise, sodass es berechtigt ist, von einer *multiplen Krise* zu sprechen (vgl. Demirović u.a. 2011). Um sie zu begreifen, ist es notwendig, sich die Widersprüche der neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise des Kapitalismus klar zu machen. Wir wollen die aus unserer Sicht wichtigsten im Folgenden kurz darstellen.

1.2 Die Transformation der Produktionsprozesse und des Lohnverhältnisses

Als das „Goldene Zeitalter“ (Marglin/Schor 1990) des Kapitalismus mit der Stagflation in den 1970er Jahren an sein Ende geriet und die Profitraten in den

2 Vgl. zur Unterscheidung von „kleiner“ und „großer“ bzw. „konjunktureller“ und „struktureller“ Krise Altvater 1983; Boyer 1986.

kapitalistischen Zentren sanken, begann das Kapital, die Produktionsprozesse auf unterschiedliche Weise zu restrukturieren. Die wichtigsten Strategien waren:

- a) Die beschleunigte Automation von Arbeitsprozessen – wodurch es gelungen ist, die Konzentration widerständiger ArbeiterInnen in manchen Bereichen aufzulösen. Allerdings ließen sich bis heute nur bestimmte Bereiche profitabel automatisieren, oft haben sich die an neue Technologien geknüpften Erwartungen, etwa in Bezug auf Produktivitätsfortschritte, nicht erfüllt (vgl. Scherrer 2001). Auch haben neue Technologien nicht einfach menschliche Arbeit ersetzt und Arbeitsplätze beseitigt, sondern viele neue geschaffen.
- b) Versuche, ArbeiterInnen durch eine veränderte Arbeitsorganisation mehr Spielraum bei der Ausführung der Arbeit zu geben und ihr Wissen zu mobilisieren, um die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Arbeit zu intensivieren: *job enrichment*, *job enlargement*, „ausgehandelte Autonomie“, „indirekte Steuerung“, „Subjektivierung von Arbeit“. Auch hier blieben die Produktivitätssteigerungen begrenzt oder haben häufig kontraproduktive Effekte und Konflikte wie die Steigerung der Arbeitsintensität sowie eine stärkere physische und psychische Belastung hervorgebracht. Insgesamt hat sich kein neues, einheitliches Paradigma der Arbeitsorganisation als Alternative zur tayloristischen und fordistischen³ Arbeitsorganisation durchgesetzt.
- c) Die Aufspaltung von Arbeitsprozessen, die zuvor in vertikal integrierten Unternehmen organisiert worden waren, und die Verteilung von Teilarbeiten auf rechtlich selbständige Unternehmen (*outsourcing*). Die Fragmentierung von Produktionsprozessen verfolgt das Ziel, die Organisation von ArbeiterInnen zu erschweren, Löhne zu senken, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, d.h. die Ausbeutungsrate zu erhöhen und die Risiken schwankender Kapazitätsauslastung von den „fokalen“ Unternehmen auf abhängige Zulieferer abzuwälzen.
- d) Die gezielte Nutzung von unterschiedlichen Regimes der Regulation von Arbeit in verschiedenen Regionen und Ländern mit dem Ziel, die für unterschiedliche Teilarbeiten jeweils günstigsten Bedingungen auszunutzen und die Ausbeutungsrate insgesamt im Rahmen der so entstehenden transnationalen Produktionsnetzwerke zu steigern. Während die Konzerne zunehmend transnational agieren bzw. ihre Zuliefernetzwerke transnational organisieren, sind die Organisationen der Lohnabhängigen und die historisch errungenen Formen

3 Inwieweit es überhaupt sinnvoll ist, sich auf die Regulationstheorie (vgl. z.B. Aglietta 1979; Boyer 1986; Lipietz 1985) und ihr Fordismus-Konzept zu beziehen, ist in der PROKLA-Redaktion kontrovers. Während für einige Autoren dieses Textes die Regulationstheorie und der Begriff des Fordismus wichtige Bezugspunkte sind, wurde letzterer von Dorothea Schmidt (2013) als irreführend kritisiert. Vgl. zur Kritik der Konzepte des Taylorismus und Fordismus auch Rudi Schmidt (2013a; 2013b).

der Mitbestimmung immer noch in hohem Maße an die Grenzen einzelner Unternehmen, Branchen und Staaten gebunden. Auch dadurch haben sich die Kräfteverhältnisse massiv zuungunsten der Lohnabhängigen verschoben. Im Verhältnis zu den seit den 1970er Jahren rückläufigen Wachstumsraten des Sozialprodukts sind die Produktivitätszuwächse trotz aller Einschränkungen erheblich, was die Lohnabhängigen mit Arbeitslosigkeit bedrohte und es den Unternehmen erleichtert hat, sie unter Druck zu setzen. Die Kräfteverhältnisse haben sich daher zugunsten des Kapitals verschoben. Dies ist auch daran zu sehen, dass die Reallöhne, die sich im „goldenen Zeitalter“ des Kapitalismus annähernd parallel zu den Produktivitätszuwächsen entwickelten, von diesen zunehmend entkoppelt wurden und stagnierten oder in einigen Fällen sogar sanken. Die Lohnspreizung nahm zu, einheitliche Standards der Regulierung von Arbeit wurden immer mehr durchlöchert und die Arbeitsbedingungen wurden zunehmend heterogener. Im Gegensatz zum säkularen Trend seit dem 19. Jahrhundert gibt es Tendenzen der Arbeitszeitverlängerung.

1.3 Die Transformation der Geschlechterverhältnisse und die Krise der sozialen Reproduktion

Verbunden mit der Transformation der Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie der Reorganisation der Unternehmen und entsprechender staatlicher Politiken ist die Transformation der Geschlechterverhältnisse. Während die Individuen aufgrund von Lohnsenkungen und der Erosion des „Familienlohns“ von der familiären Solidarität und dem Pool aus verschiedenen Einkommen wieder stärker abhängig werden, wird zugleich die Funktionsfähigkeit der Kleinfamilie als institutionelle Form der Reproduktion der Arbeitskraft zunehmend infrage gestellt, auch weil Frauen seit den 1960er Jahren immer weniger die traditionelle Arbeitsteilung zwischen dem männlichen Familienernährer und der Hausfrau akzeptieren. Durch die Zunahme von existenzieller Unsicherheit und Armut werden die Möglichkeiten zur Lebensplanung eingeschränkt, die Entgrenzung und Verlängerung der Arbeitszeiten wirkt sich negativ auf das Familienleben aus, die materiellen Bedingungen verschlechtern sich, sodass die Gründung einer Familie sich auf spätere Lebensphasen verschiebt oder völlig unterbleibt. Es sind aber nicht nur materielle Bedingungen, welche einen Druck auf den Wandel der Familie ausüben, sondern auch Veränderungen in den Ansprüchen an ein familiäres und nicht-familiäres Zusammenleben, Vorstellungen alternativer Lebensformen oder die Weigerung, reproduktive Arbeiten weiterhin „privat“ und unbezahlt zu übernehmen. Der partielle Ausbau von Kindererziehungs- und Pflegeeinrichtungen bleibt hinter den Erfordernissen und Rechtsansprüchen zurück; Betreuungs- und Pflegearbeit bleiben daher weiterhin Privatangelegenheit – oder sie werden es sogar verstärkt

wieder, indem im Zuge von Krisen die soziale Infrastruktur ausgedünnt und Sozialleistungen eingeschränkt werden. Angesichts der Auswirkungen der Prekarisierung und verstärkten Belastungen durch Lohnarbeit können und wollen Frauen die Übernahme der unbezahlten Reproduktionsarbeit oft nicht mehr ohne Weiteres gewährleisten, sodass „Reproduktionslücken“ und Spannungen in den Beziehungen und Familien entstehen.

Der Krise der unbezahlten Reproduktionsarbeit wird entgegengewirkt, indem diejenigen, die es sich leisten können, Hausarbeit an niedrig entlohnte HausarbeiterInnen, zumeist MigrantInnen, auslagern. Auch wenn diese Lösung nur für einkommensstarke Familien infrage kommt, trägt sie als klassen- und geschlechterspezifische Form der Krisenbearbeitung dazu bei, dass sich die Reproduktionskrise in den Mittelklassen nicht zuspitzt. Gleichzeitig wird die Fürsorgekrise in die Herkunftsländer der MigrantInnen verlagert, es entstehen also transnationale Betreuungsketten, an deren Ende die Fürsorgekrise globalisiert und die prekären Lebensbedingungen von Frauen und Kindern in den Ländern Osteuropas oder des globalen Südens weiter verschärft werden.

Aber auch Diskussionen um die Stärkung des Ehrenamts und Konzepte sogenannten *Caring Communities* müssen als Formen der Krisenbearbeitung in den Blick genommen werden, denn die Inanspruchnahme unbezahlter oder geringfügig entschädigter Arbeit sowie nachbarschaftlichen Engagements soll die reproduktiven Lücken füllen und dabei zugleich die Sozialsysteme finanziell schonen.

Die Unterwerfung der Fürsorgearbeit unter die Lohnform und die Inwertsetzung reproduktiver Sektoren wie Gesundheitsversorgung und Pflege tragen zu Qualitätsverlusten der Arbeit bei, indem Arbeitsabläufe ständig unter ökonomischen Gesichtspunkten reorganisiert werden. Dadurch nimmt der Zeitdruck zu und der spezifische Gebrauchswert von Fürsorgearbeiten wird untergraben.

Die direkten und indirekten Auswirkungen der zunehmenden Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, der Privatisierung und Inwertsetzung vormals öffentlicher Daseinsvorsorge, die Delegation von Hausarbeit an Dritte sowie die politisch beabsichtigte – und im Zuge der Austeritätspolitik erneut verschärfte – Unterfinanzierung und Erosion der öffentlichen Infrastrukturen bilden somit einen Krisenzusammenhang, auch wenn sich die Dynamiken in relativ autonomen gesellschaftlichen Bereichen entwickeln.

Diese bereits seit mehreren Jahren zunehmenden Krisenelemente in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen der sozialen Reproduktion schlagen sich bei den betroffenen Individuen als Erschöpfung und Verunsicherung nieder. Auch sie bilden gegenwärtig den gesellschaftlichen Nährboden, aus dem sich die Stärke der politischen Rechten speist. Ergänzend zu den als krisenhaft erfahrenen Entwicklungen in den Arbeits- und Lebensverhältnissen wird auch die ‘Privatsphäre’

enorm belastet und bedroht. Lösungen für die sich zuspitzenden Probleme aufgrund mangelhafter – familiärer und nicht-familiärer – Pflegebedingungen, der Verknappung zeitlicher Ressourcen für familiäre Beziehungen oder der Tendenzen der (subjektiven) Erschöpfung angesichts zunehmender Belastungen durch verunsichernde Lebensperspektiven, prekäre und flexible Arbeitsverhältnisse, gestiegene Reproduktionsanforderungen und den Abbau sozialstaatlicher Leistungen hat die herrschende Politik nicht anzubieten. Das vertieft die Distanz der mittleren und unteren Klassen von den Kräften im Block an der Macht. Der politischen Rechten gelingt es, diese Probleme zu nutzen, indem sie kulturkämpferisch traditionelle Familienwerte und entsprechende heteronormative Geschlechterpraktiken propagiert und die sogenannte Genderideologie und die politische Korrektheit angreift und damit suggeriert, sie könne die Verunsicherung durch eine Reorganisierung von Ordnung in den Griff bekommen.

1.4 Ökoimperiale Spannungen und autoritäre Abschottung

Seit Marx' Analysen kann die Linke wissen, dass unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen der Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur zunehmend gestört wird. Durch die ungeheure Reichtumsproduktion wird die Erdkruste in historisch bis dahin nicht bekanntem Umfang aufgewühlt. Auch bei NaturwissenschaftlerInnen setzt sich mittlerweile die Einsicht durch, dass der Planet bis in die natürlichen Zusammenhänge verändert wurde (vgl. Moore in diesem Heft). Lange bestand im „Westen“ die Vorstellung von einem nicht entwickelten Außen, das ihm in Gestalt von Arbeitskräften und Natur zur Verfügung stehe. Die kapitalistischen Zentren haben von Beginn an davon profitiert, auf die Ressourcen, Senken und das Arbeitsvermögen ihrer Kolonien, später der peripheren Staaten des Weltsystems zugreifen zu können. Diese Möglichkeit schwindet in dem Maße, wie sich mit China, Indien oder Brasilien geopolitische und -ökonomische Konkurrenten entwickeln, die Anspruch auf Landflächen und Rohstoffe erheben. Es kommt zur Formierung von neuen sozialräumlichen Konstellationen – von David Harvey (1999) als *spatial fix* bezeichnet. Die Folge sind ökoimperiale Spannungen, die sich in Bevölkerungsverschiebungen, der Zerstörung des Regenwaldes, in neuen Kriegen oder etwa in den Ressourcenkonflikten im Südchinesischen Meer und der Arktis sowie in der internationalen Klimapolitik zeigen.

Was letztere angeht, so haben sich die Mitgliedstaaten der UN-Klimarahmenkonvention 2015 in Paris zwar auf einen neuen Klimavertrag verständigt, der auf den ersten Blick sehr ambitioniert erscheint – das bisher in der internationalen Klimapolitik anvisierte Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen, ist nach unten korrigiert worden. Auch wenn Donald Trump als neuer US-Präsident

den Klimavertrag nicht kündigen würde, reichen die bisher zugesagten Emissionsreduktionen jedoch nicht einmal aus, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Alles hängt davon ab, dass sich die Staaten in dem mit dem Pariser Klimaabkommen begonnenen Prozess auf ambitioniertere Reduktionsziele verpflichten lassen und diese dann auch umsetzen. Dabei deutet sich allerdings an, dass die für 2050 angestrebte Kohlenstoff-Neutralität nicht dadurch erreicht werden soll, dass die fossilen Brennstoffe im Boden bleiben, sondern dass ihre Verbrennung durch die Schaffung und Erhaltung von CO₂-Senken und durch die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid kompensiert werden soll. Es wird versucht, den sich zuspitzenden globalen Konflikt um die Senken – um nichts anderes handelt es sich bei der Klimapolitik – durch gefährliche Großtechnologien zu entschärfen.

Für viele Menschen im globalen Süden dürften selbst diese „Lösungen“ zu spät kommen. Für sie ist der Klimawandel bereits heute eine Realität, die in Gestalt von Dürre oder Überflutungen ihre Lebensgrundlagen zerstört. Durch einzelne klimapolitische Maßnahmen im globalen Norden – wie die teilweise Substitution von fossilen Treibstoffen durch Agrartreibstoffe, die nicht zuletzt in Form von Monokulturen und unter Missachtung traditioneller Landrechte im globalen Süden produziert werden – verschärft sich diese Krise noch weiter.

Vor diesem Hintergrund werden die heutigen Flucht- und Migrationsbewegungen zunehmen. Die gleichermaßen von der Externalisierung der sozial-ökologischen Folgen des nördlichen Entwicklungsmodells in die Flucht getriebenen wie von der ungebrochenen Attraktivität dieses Modells angezogenen Menschen werden durch immer schwerer zu überwindende Grenzen am Erreichen jener Orte gehindert, an denen sie ein sicheres und besseres Leben erwarten. Die Abschottungspolitik der EU und anderer Staaten sowie der allgegenwärtige Rechtsruck erscheinen vor diesem Hintergrund als autoritäre und exklusive Stabilisierung eines Wohlstandsmodells, das gerade aufgrund seiner tendenziellen globalen Verallgemeinerung in die Krise geraten ist.

1.5 Die Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes

Während die Schwächung der Lohnabhängigen durch die Restrukturierung der Produktion für die Profitabilität des Kapitals auf der betriebswirtschaftlichen, mikroökonomischen Ebene zunächst vorteilhaft war und ist, führt sie auf der makroökonomischen Ebene zu Problemen, weil der Lohn als Faktor der effektiven Nachfrage eingeschränkt wird. Dennoch haben sich die gesellschaftlichen Konsumnormen⁴ durch die Verbreitung von Computern, Internetanschlüssen, Mobiltelefonen oder Smartphones weiterentwickelt.

4 Vgl. zum Begriff der Konsumnorm Aglietta 1979.

Angesichts der stagnierenden Reallöhne konnte die Ausdehnung des Massenkonsums nur gewährleistet werden, indem die privaten Haushalte sich immer stärker verschuldeten. Die Möglichkeiten dazu wurden erweitert, indem Hypothekenkredite und Konsumkredite verbrieft und Kreditderivate entwickelt wurden, mit denen man die Kreditrisiken in einem höheren Maße vergesellschaftete. Doch die jüngste Krise zeigt, dass die Haushaltsverschuldung nicht beliebig weiter ausgedehnt werden kann. Es ist kein Zufall, dass sie gerade im Subprime-Hypothekenmarkt in den USA begann, und zwar in dem Moment, als während des kreditinduzierten Booms die Zinsen stiegen und immer mehr Kreditnehmer nicht mehr in der Lage waren, den Schuldendienst zu leisten, sodass die davon abgeleiteten Wertpapierpyramiden kollabierten.

Die Restriktionen der Nachfrage seitens der Lohnabhängigen werden unter den Bedingungen des finanzdominierten Akkumulationsregimes (vgl. dazu ausführlicher Demirović/Sablowski 2013) auch nicht durch verstärkte Investitionen der Unternehmen kompensiert. Im Gegenteil, obwohl der Anteil der Profite am gesellschaftlichen Nettoprodukt steigt, ist eine charakteristische Entkopplung von Investitionen und Profiten in den alten kapitalistischen Zentren zu beobachten. Die Investitionsquoten sinken tendenziell. Dies hängt mit dem Aufstieg institutioneller Investoren und einer stärker am Kapitalmarkt, am *Shareholder Value* orientierten Unternehmensführung zusammen. Die institutionellen Investoren sind in der Regel ungeduldige Aktionäre, die die Renditen ihrer Investments ständig überprüfen. Pensionsfonds oder Lebensversicherungsgesellschaften können ihre Auszahlungsverpflichtungen zwar relativ langfristig kalkulieren, aber andere Typen von institutionellen Anlegern wie Investmentfonds oder Hedgefonds unterliegen selbst einem stärkeren Druck, weil ihre Eigentümer jederzeit das Kapital abziehen und woanders investieren könnten. In der Folge werden Unternehmen oder Unternehmensteile selbst zur Ware. Kostenstrukturen, Gebäude und Maschinen, Mitarbeiter, Know-how – alles wird evaluiert, die Unternehmen werden zergliedert, Teilprozesse nach Kostengesichtspunkten ausgelagert, Beschäftigte entlassen oder ihre Vertragsformen verändert. Die vertikale Desintegration von Unternehmen, die Fragmentierung der Arbeitsprozesse, die globale Relokalisierung der Produktion, all diese Tendenzen der Restrukturierung der Produktion werden durch die am *Shareholder Value* orientierte Unternehmensführung massiv befördert und verstärkt. Auch gehen Unternehmen in der Industrie oder im Handel dazu über, selbst an den Finanzmärkten zu operieren, sodass die Gewinne, die sie dort erzielen, durchaus höher sein können als im traditionellen Geschäftsbereich (siehe dazu auch PROKLA 169/2012).

Die Strukturveränderungen der neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise beschränken sich nicht auf den privaten Sektor, vielmehr wird auch der Staat umgebaut. Die Staatsaufgaben werden neu definiert, wobei vor allem die

Herrichtung des jeweiligen „Standorts“ für die Bedürfnisse der Kapitalverwertung und die Steigerung der globalisierten „Wettbewerbsfähigkeit“ im Zentrum stehen: Der Staat wird zum „Wettbewerbsstaat“ (Altvater 1994; Hirsch 1995). Die Grenze zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, zwischen Staat und Markt wird verschoben, indem vormals staatliche Aufgaben privatisiert werden, um neue Felder für die Kapitalverwertung zu erschließen. Aber die bloße Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen garantiert noch nicht, dass in diesen Bereichen auch ausreichend Profite erwirtschaftet werden können. Die Arbeitsprozesse in Bereichen sozialer Dienstleistungen wie dem Bildungswesen oder dem Gesundheitswesen lassen sich schlecht rationalisieren; Produktivitätssteigerungen durch die Einführung neuer Technologien sind nicht in dem Maße wie im traditionellen industriellen Sektor möglich. Profite werden daher in den privatisierten Dienstleistungsbereichen maßgeblich dadurch extrahiert, dass die Löhne gesenkt werden, die Arbeit verdichtet oder die Qualität der Dienstleistungen vermindert wird. Dies führt zu Problemen im Bereich der sozialen Reproduktion.

Ähnlich wie Unternehmen werden staatliche Bereiche wie z.B. das Hochschulwesen einer permanenten Umstrukturierung unterworfen und ständig neu zugeschnitten. So wird die Bedeutung von Wissen und Innovation zwar hochgeredet, aber gleichzeitig werden die Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen unter Spardruck gesetzt und ihre interne Autonomie durch neue Steuerungsinstrumente drastisch eingeschränkt. Durch Budgetzwänge wird die Funktionsfähigkeit der Staatsapparate eingeschränkt (Polizei, Fiskus, Umweltschutz, Hochschulen, Schulen), Teile werden aufgegeben, privatisiert oder in Public-Private-Partnerships überführt. Neue Formen des Regierens, der „Governance“ im Zusammenspiel mit privaten bzw. zivilgesellschaftlichen Akteuren werden entwickelt; die Entscheidungsfindung wird flexibel in immer neue Gremien verlagert. Paradoxe Weise erweisen sich private oder halbprivate Lösungen für den Staat im Nachhinein häufig als teurer und schlechter.

Die Budgetzwänge, denen der Staat unterworfen ist, existieren aber nicht einfach so, sondern sie werden vielmehr durch die neoliberale Finanzpolitik massiv verschärft, indem Haushaltslöcher periodisch durch Steuersenkungen neu geschaffen werden. Dabei werden vor allem Kapitaleigner und Unternehmen von Steuerzahlungen und Sozialbeiträgen entlastet, sodass diese in immer stärkerem Maße von den Lohnabhängigen aufgebracht werden. Die neoliberale Finanzpolitik ist gezielte Klassenpolitik; die sekundäre Verteilungspolitik verschärft die soziale Ungleichheit, die sich durch die Entwicklungen in der Produktion und im Arbeitsmarkt ohnehin vergrößert. Die Angriffe richten sich dabei besonders gegen die unteren Schichten der Lohnabhängigen, die Erwerbslosen und die RentnerInnen. Die Renten werden – im Namen einer absurden Vorstellung von

„Generationengerechtigkeit“ (vgl. Reuter 2000) – drastisch abgesenkt; ältere Menschen werden mit immer neuen öffentlichen Attacken und Diskriminierungen konfrontiert. Obwohl die neoliberale Finanzpolitik als permanente Austeritätspolitik angelegt ist, wächst die Staatsverschuldung tendenziell an, während gleichzeitig die öffentlichen Investitionen beschränkt werden und der Staat immer schlechter als Stabilisator der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in den Krisenzyklen fungiert.

Als Allheilmittel gilt den Neoliberalen eine stärkere Exportorientierung und „Wettbewerbsfähigkeit“. Verstärkte Exporte sollen die Restriktionen kompensieren, denen die Binnennachfrage durch die kapitalmarktorientierte Unternehmensführung, die Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse und den Umbau des Staates zum „Wettbewerbsstaat“ unterliegt. Aber in der Weltmarktkonkurrenz können nicht alle „Standorte“ Sieger sein. Wenn es Länder gibt, die Leistungsbilanzüberschüsse erzielen, so muss es notwendigerweise auch Länder geben, die Leistungsbilanzdefizite aufweisen. Ein Land wie Deutschland, das ständig mehr Waren exportiert, als es importiert, kann dies nur, wenn es zugleich international als Kreditgeber auftritt. Mit den internationalen Leistungsbilanzungleichgewichten ist notwendigerweise auch eine immer stärkere internationale Verschuldung verbunden. Innerhalb der EU, aber auch im globalen Maßstab haben sich enorme Zahlungsbilanzungleichgewichte entwickelt. Die USA haben – gestützt auf ihre Verfügung über den US-Dollar als Weltgeld – jahrzehntelang die Rolle des globalen Konsumenten in letzter Instanz gespielt, indem sie von Kapitalimporten aus Japan, China, Deutschland und anderen Ländern zehren konnten und ständig mehr konsumierten, als sie produzierten. Auf diese Weise haben sie die Weltwirtschaft eine Zeit lang stabilisiert, weil sie die Überproduktion der Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen und deren überakkumuliertes Kapital absorbierten. Das finanzdominierte Akkumulationsregime beruht also auf der fortlaufenden Ausdehnung der privaten und der öffentlichen sowie der internationalen Verschuldung. Diese kann aber nicht beliebig ausgedehnt werden. Die jüngste Krise hat die Grenzen dieser Entwicklungsweise deutlich gemacht. Die Überakkumulation von Kapital wurde auf höherer Stufenleiter reproduziert.

Die neoliberale, finanzdominierte Entwicklungsweise, die sich seit der Stagflationskrise in den 1970er Jahren herausgebildet hatte, war zwar von Beginn an höchst krisenanfällig. Allerdings konzentrierten sich die Krisen bzw. Krisenfolgen lange Zeit überwiegend im globalen Süden. Dies änderte sich mit der Krise der *New Economy* zu Beginn der 2000er Jahre und dann vor allem mit der Krise seit 2007. Sie betrafen in erster Linie die Ökonomien des globalen Nordens, während z.B. die BRICS-Staaten (zunächst) weit weniger in Turbulenzen gerieten. Die räumliche Externalisierung der Folgen der Überakkumulation in den kapitalistischen Zentren funktioniert nur noch begrenzt. Außerdem scheinen

sich die Krisen sukzessive zu vertiefen und auszuweiten. Der Börsencrash in den USA 1987, der damals viel Aufsehen erregte, erscheint vor dem Hintergrund der Crashes an den Aktienmärkten von 2000 und 2008 heute nur noch als kleine Delle. Erfasste der Absturz der *New Economy* vor allem die Aktienmärkte, so betraf die jüngste Krise mit dem Geldmarkt bzw. Interbankenmarkt massiv das Herz des kapitalistischen Finanzsystems.

Der Gesamtkreislauf des Kapitals, der neben der Produktion und ihren verschiedenen Abteilungen und Branchen sowie dem Handel oder dem Kredit auch das Verhältnis zur Natur und die generative Reproduktion und familialen Verhältnisse beinhaltet, gerät, so unsere Argumentation, in eine umfassende Krise. Darin entstehen viele Möglichkeiten, die allerdings auch mit erheblichen Spannungen und Konflikten verbunden sind.

2. Die politischen Verschiebungen durch die Krise und die aktuelle Situation

2.1 Das Krisenmanagement

Viele Banken, die vor der Insolvenz standen, wurden unter den Stichworten „too big to fail“ und aufgrund ihrer „Systemrelevanz“ mit staatlichen Maßnahmen gerettet, die auch die vorübergehende Verstaatlichung einschlossen. Es schien kurzzeitig, als würden die neoliberalen Regierungen in der Krise von ihren ordnungspolitischen Vorstellungen abrücken. Die USA wendeten geschätzt 3,6 Billionen US-Dollar auf, Großbritannien 718 Milliarden, Irland 613 Milliarden, Deutschland 334 Milliarden US-Dollar (vgl. Kallert 2016, 165). Die Sozialisierung der Verluste der Banken trug drastisch zur Erhöhung der Staatsschulden bei, während die Verluste der Kapitaleigner dadurch begrenzt wurden. Eine Reihe von Vermögensbesitzern konnte im weiteren Verlauf der Krise Gewinne realisieren, viele Bankmanager kassierten weiterhin hohe Gehälter und Boni.

Die bisherigen politischen Maßnahmen zur Krisenbewältigung wurden in autoritärer Weise ergriffen. Es wurden neue Gremien mit unüblichen Befugnissen und geringer Legitimation geschaffen: in Deutschland auf der Grundlage eines Eilgesetzes die Einrichtung des *Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung* (SoFFin) (vgl. Demirović 2009), auf der Ebene der EU zunächst die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und ab 2012 der *Europäische Stabilitätsmechanismus* (ESM).

Durch die wegbrechenden Steuereinnahmen und die ansteigenden Sozialausgaben in der Krise, die Maßnahmen zur Bankenrettung und die „Konjunkturpakete“ vergrößerten sich die Haushaltsdefizite stark und die Staatsverschuldung stieg sprunghaft an. Als sich das Ende der großen Rezession von 2008-2009

abzeichnete, gingen viele Länder, insbesondere aber die EU angesichts der stark wachsenden Staatsverschuldung zur Austeritätspolitik über. Diese zielt nicht nur auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern auch auf die Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ mittels Lohnsenkungen und einer weiteren Deregulierung der Arbeitsverhältnisse in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten. In der medialen Darstellung wurde die Krise der staatlichen Refinanzierung von ihrer eigentlichen Ursache, der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, nach und nach abgetrennt. Die Staaten hätten über ihre Verhältnisse gelebt – so die schlichte Diagnose zur Rechtfertigung der Austeritätspolitik.

Die Austeritätsmaßnahmen gingen insgesamt zulasten der beherrschten Klassen (Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Kürzungen der Renten, Verschlechterung der arbeitsrechtlichen Situation, Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben, Privatisierungen öffentlicher Dienstleitungen, Erhöhungen der Massensteuern). Obwohl etliche der betroffenen Länder durch die Sparpolitik erneut in die Rezession getrieben wurden und auch viele Unternehmen bankrottgingen, profitierte die Kapitalistenklasse insgesamt von der Umverteilung. In diesem Kontext haben wir in PROKLA 177 auf den engen Zusammenhang zwischen Austeritätspolitiken und lokalen Konflikten hingewiesen, da neoliberale Sparpolitik sozialräumlich auf das untere Ende der Gesellschaft abgewälzt wird (vgl. Lebuhn 2014: 482).

Nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise wurde zwar viel über die notwendige Regulierung der Finanzmärkte diskutiert, doch die Agenda, auf die sich die G20 dann verständigte, war sehr begrenzt und tangierte die wirklichen Ursachen der Krise nur am Rande. Selbst die Maßnahmen, die im Rahmen der G20 formuliert wurden, unterlagen im Prozess ihrer Umsetzung starker Verwässerung. Eine andere Diskussion zielte auf den Übergang zu einem grünen Kapitalismus. Dessen Befürworter wollen durch die Stimulierung des ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Investitionswelle auslösen und dadurch die Krise und die globale Wachstumsschwäche überwinden. Tatsächlich kommt es zu ökologisch orientierten Investitionen und deren Finanzialisierung. Von einem grünen Kapitalismus ist dennoch wenig zu sehen. Anstelle der von der Industrie angekündigten 3-Liter-Autos kamen SUVs; selbst nach Fukushima blieb der Atomausstieg ein deutscher Sonderweg, der ja auch in der BRD noch längst nicht vollzogen ist; trotz der Einsicht in die globale Erwärmung werden neue Kohlekraftwerke gebaut; etc. Insgesamt kann man nicht von einem Bruch mit der neoliberalen, fossilistischen und finanzdominierten Entwicklungsweise sprechen. Versucht wird vielmehr, diese weitgehend mit autoritären Maßnahmen zu erhalten.

Die Herrschenden verfügen heute zwar tatsächlich über ein umfassenderes Wissen über die Krise und haben eine Reihe von Instrumenten eingesetzt, die

zunächst einmal ihren eigenen politischen Programmen und Zielen widersprechen. Dennoch beherrschen sie die Krisendynamik nicht, ihr Krisenmanagement erzeugt vielmehr Folgen, durch die es selbst krisenhafte Züge annimmt. Der entscheidende Faktor bleibt, dass es eine Überakkumulation von Kapital gibt, also gesellschaftlicher Reichtum sich nicht in dem Maße verwerten kann, wie er angehäuft wurde. Die kapitalistischen Gesellschaften sind zu reich geworden – oder anders gesagt, die Verhältnisse erweisen sich als Grenze, diesen Reichtum in der bisherigen Form zu verwalten und zu erhalten.

2.2 Die Krise der Europäischen Union

Dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sich in eine Krise der EU verwandelt hat, ist kein Zufall. Die Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes bringt hier die Widersprüche der *wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise* (Ziltener 1999) und die ungleiche Entwicklung in der EU zum Vorschein; und diese verschiedenen Aspekte der Krise verstärken sich wechselseitig. Die EU fußt weniger auf gemeinsamen supranationalen Regelungen als vielmehr auf der wechselseitigen Anerkennung der nationalen Regulationsweisen des Kapitalismus, die im Prinzip als gleichwertig gelten. Dadurch werden die verschiedenen Systeme der Regulierung von Arbeit zueinander in Konkurrenz gesetzt. Das Kapital wandert tendenziell dorthin, wo die günstigeren Akkumulationsbedingungen existieren. Aus der Perspektive der Lohnabhängigen wird so ein *race to the bottom* im Hinblick auf Löhne und Arbeitsbedingungen in Gang gesetzt. Die verschärfte Konkurrenz im europäischen Binnenmarkt beschleunigt außerdem die Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Diese führt in Verbindung mit der steigenden Arbeitsproduktivität in Teilen der EU zu einer sukzessiven Deindustrialisierung und insgesamt zu einer zunehmend ungleichen Entwicklung, die durch die Europäische Währungsunion noch verstärkt wird. Die einheitliche Geldpolitik, die sich notwendigerweise an den durchschnittlichen Verhältnissen in der Eurozone orientieren muss, hat vor der jüngsten Krise in den Ländern mit überdurchschnittlichen Inflationsraten zu niedrigeren Realzinsen und somit zu einer höheren Kreditnachfrage und stärkerem Wachstum geführt, während in den Ländern mit niedrigen Inflationsraten die Realzinsen vergleichsweise hoch waren, die Kreditnachfrage und das Wachstum also gebremst wurden. In Ländern wie Griechenland oder Spanien entstanden dadurch Kreditblasen, die mit der Krise geplatzt sind.

Nachdem die Kapitalanleger infolge der globalen Finanzkrise die Risiken ihrer Anlagen in der europäischen Peripherie neu bewertet und dort in großem Umfang Kapital abgezogen hatten, sahen sich die Regierungen der Eurozone und der IWF gezwungen, die staatliche Refinanzierung in diesen Ländern zu sichern

und deren Banken zahlungsfähig zu halten. Die Notkredite und Bürgschaften wurden jedoch nur gegen strenge Auflagen gewährt, die darauf zielten, nicht nur die Staatshaushalte zu konsolidieren, sondern die „Wettbewerbsfähigkeit“, sprich: die Profitabilität des Kapitals in diesen Ländern durch Umverteilung auf Kosten der beherrschten Klassen zu steigern. Insbesondere in Griechenland wurde eine harte Austeritätspolitik verfolgt. In ihren verschiedenen Memoranden zwang die Troika (EU-Kommission, EZB und IWF) den „Programmländern“ eine rigide Sparpolitik, Lohnsenkungen, Rentenkürzungen und Privatisierungen auf. Das gesamte System der Regulierung von Arbeit wurde grundlegend verändert, etwa durch die Aufwertung der betrieblichen gegenüber der branchenweiten Verhandlungsebene oder überhaupt durch die Abschaffung von Tarifverhandlungen. Diese Politik wurde – wie auch die wettbewerbsorientierte Politik der Kommission insgesamt – vielfach gegen die Vorstellungen der betroffenen Menschen durchgesetzt. Während die Deindustrialisierungstendenzen bzw. die zunehmende Divergenz der Produktionsstrukturen in der EU vor der Krise durch die internationalen Kapitalflüsse überlagert und teilweise verdeckt wurden, beschleunigt die Schuldendeflation seit dem Ausbruch der Krise nun jene Tendenzen.

Wir haben es aber nicht nur in der EU, sondern auch global mit einer ungleichen Entwicklung zu tun. Schon vor der jüngsten Krise konzentrierte sich die Kapitalakkumulation zunehmend auf Gebiete außerhalb der kapitalistischen Zentren, bspw. auf China und andere *emerging markets*. Die globalen Gewichtsverlagerungen haben sich durch die Krise und ihre austeritätspolitische Bearbeitung in der EU noch beschleunigt. Der Anteil der EU am globalen Sozialprodukt ist drastisch geschrumpft. Diese Tatsache führt auch zu wachsenden Spannungen innerhalb der herrschenden Klassen in der EU und zwischen den Regierungen der EU-Staaten. Die Arbeitsteilung und die Kapitalverflechtungen zwischen den EU-Staaten nehmen zwar nicht absolut ab, im Gegenteil, sie vertiefen sich weiter. Aber sie verlieren relativ an Bedeutung, weil die Verflechtungen mit außereuropäischen Regionen schneller wachsen und relativ gesehen ein immer stärkeres Gewicht bekommen (vgl. Heine/Sablowski 2015). Angesichts dessen sinkt die Bereitschaft der Kapitalisten tendenziell, Opfer für die Kohäsion der EU oder der Währungsunion zu erbringen. Die Europapolitik wird dadurch zunehmend zum Gegenstand von Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen (s.u.).

2.3 Die Kämpfe der subalternen Klassen und ihre Niederlagen

Aufgrund der Krisenfolgen und der herrschenden Krisenbearbeitung kam es zu umfassenden Protesten gegen die Herrschenden und ihre Politik – etwa in Europa, im arabischen Raum, in den USA, in Israel, in Brasilien, Chile, Nigeria,

Hongkong. Kämpfe richteten sich unter anderem gegen steigende Nahrungsmittel- und Benzinpreise, Zwangsräumungen von Wohnungen, die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, den Abbau von Sozialleistungen und sozialen Teilhaberechten, Korruption und ganz allgemein gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung, gegen die existierenden Regierungen, die herrschenden Regierungsformen und den Mangel an Demokratie. Die globale Protestwelle erreichte ihren Höhepunkt 2011 und ebbt seitdem langsam ab. Inzwischen muss man von einer Reihe von Niederlagen der beherrschten Klassen sprechen.

Besondere Ausstrahlungskraft und dramatische Folgen hatte der „arabische Frühling“. Die „Arabellion“ begann im Dezember 2010 in Tunesien und dehnte sich von dort auf weitere Länder aus. Breite Koalitionen von ArbeiterInnen, religiösen Gruppierungen, Intellektuellen und Journalisten forderten Freiheit und Demokratie. In einigen Ländern gelang es, langjährige Machthaber zu stürzen. Doch verschoben sich die Kräfte schnell zuungunsten der Demokratie. Religiöse Gruppen und alte Machtnetzwerke besetzten relevante politische Positionen. In Tunesien zogen sich die Auseinandersetzungen zwischen religiösen und laizistischen Kräften hin, und es wurde schnell deutlich, dass der Sturz des regierenden Clans alleine noch keine substantielle Verbesserung der Lebensverhältnisse der beherrschten Klassen bringt. In Ägypten übernahmen mit Mohammed Mursi die Moslebrüder die Regierung und schränkten die neu errungenen Freiheiten ein. Die Proteste dagegen wurden vom Militär genutzt, um die alten Machtverhältnisse noch rigider wiederherzustellen. In Libyen entwickelten sich die zivilen Massenproteste schnell zum Bürgerkrieg, und die Militärintervention der USA und ihrer Verbündeten trug maßgeblich zum Sturz Gaddafis bei. Nach diesem zerfiel der libysche Staat; es bildeten sich mehrere Regierungen, aber keine konnte allgemeine Anerkennung finden, verschiedene Milizen kontrollieren unterschiedliche Teile des Landes. Im Jemen findet seit Jahren ein Krieg statt, der auch von äußeren Kräften wie Saudi-Arabien und Iran genährt wird. Der Versuch liberaler bürgerlicher Kräfte in Syrien, Assad zu stürzen und eine Demokratie durchzusetzen, führte zu einem blutigen Bürgerkrieg. Ein Ende dieses Krieges und der Destabilisierung der Region ist nicht abzusehen.

In den EU-Staaten bestand die Reaktion der Betroffenen aus zahlreichen Streiks und Protestaktionen, die 2011 in der massenhaften Besetzung öffentlicher Plätze kulminierten. Die Platzbesetzungen in Griechenland und Spanien nahmen auf entsprechende Aktionen während des „arabischen Frühlings“ Bezug; in ihrem Zentrum standen die soziale Frage und die Forderung nach Demokratie. Die Protestwelle des Jahres 2011 erreichte ihren Höhepunkt im Herbst mit der weltweiten *Occupy*-Bewegung. Obwohl diese Bewegung im Jahr 2012 abebbte, kam es auch danach noch in einzelnen Ländern zu großen Protestbewegungen, die je spezifische Anlässe hatten, aber in ihren Formen zum Teil auf die vorangegan-

genen Bewegungen Bezug nahmen, so etwa die von der Besetzung des Gezi-Parks in der Türkei ausgehenden Proteste im Jahr 2013 oder die *Nuit Debout*-Bewegung in Frankreich 2016. Die Platzbesetzungen in Kairo, Madrid, Athen, New York, Tel Aviv und an vielen anderen Orten stehen symbolisch für breite Bewegungen, in denen sich viele Menschen aus sehr verschiedenen Sektoren der Gesellschaft engagierten (vgl. PROKLA 167 und PROKLA 177). Überall wurde eine neue und wirkliche Demokratie gefordert. Demokratie war ein umfassender Signifikant, der vieles einschloss und der Erwartung Ausdruck verlieh, dass endlich eine ganz neue Art von Politik praktiziert werden sollte, die die multiplen gesellschaftlichen Krisendynamiken wirklich anpackte, welche die neoliberale Konterrevolution jahrzehntelang ignoriert, verursacht oder verschärft hatte.

In Ländern wie Griechenland und Spanien zeigte sich eine spezifische Ungleichzeitigkeit von Massenbewegungen und Verschiebungen der parlamentarischen Kräfteverhältnisse. Während die Bewegungen bereits abflauten, wurde bei den Wahlen eine neu formierte Linke gestärkt. In Spanien folgte auf die Platzbesetzungen, die Nachbarschaftsinitiativen, die Organisierung im Bildungs- und Gesundheitswesen und die Aktivitäten gegen die Zwangsräumung von Wohnungen schließlich die Bildung der Partei Podemos, die das von PP und PSOE dominierte bipolare Parteiensystem bis zu einem gewissen Grad erfolgreich transformieren konnte. In Griechenland konnte die kleine linke Partei Syriza nach den Wahlen im Januar 2015, gestützt auf ein Drittel der WählerInnenstimmen, eine Koalitionsregierung bilden. In Griechenland, Spanien und Portugal zeigte sich aber auch, dass durch außerparlamentarische Massenbewegungen alleine die herrschende Krisenpolitik nicht substantiell geändert werden konnte; obwohl Millionen Menschen auf den Straßen und Plätzen protestierten, setzten die Regierungen die Austeritätspolitik ungerührt fort. Insofern war die Wahl von Parteien, die deutlich gegen die Austeritätspolitik Stellung bezogen, eine notwendige Konsequenz. Die Wahl von Syriza war eine der großen Hoffnungen der Linken in ganz Europa und verband sich mit der Erwartung, in der ganzen EU einen Bruch mit dem Neoliberalismus herbeiführen zu können. Diese Erwartung wurde enttäuscht. Die griechische Regierung fand keine Bündnispartner bzw. Unterstützung seitens der sozialdemokratischen Parteien in der EU. Es wurde schnell deutlich, dass die deutsche Regierung und die Vertreter der Troika eine Ausweitung linker Politik auf andere Staaten verhindern wollten. Beim Referendum vom 5. Juli 2015 wiesen über 60 Prozent der WählerInnen die Reformagenda der Troika zurück. Dennoch sah sich Tsipras am 13. Juli 2015 gezwungen, ein drittes Memorandum zu unterzeichnen, nachdem die EZB den griechischen Banken den Geldhahn zugekehrt hatte und damit die Regierung erfolgreich erpressen konnte. Faktisch wird Griechenland mit dieser Entscheidung als Protektorat behandelt. Tsipras konnte sich zwar nach erneuten Wahlen im September

2015 als Regierungschef behaupten, doch aufgrund seiner Unterzeichnung des dritten Memorandums und der Weigerung, kurzfristig einen Parteitag zu dieser Frage durchzuführen, spaltete sich Syriza. Faktisch hat sich auch das Projekt der Regierung Tsipras gewandelt: Es geht jetzt – zumindest kurz- und mittelfristig – nicht mehr um einen Bruch mit der Austeritätspolitik, sondern um deren soziale Abfederung durch ein Programm, das parallel zu den Forderungen der Gläubiger implementiert werden soll.

2.4 Die Spaltungen innerhalb der Machtblöcke

Innerhalb der herrschenden Klassen und unter ihren organischen Intellektuellen gab und gibt es bezüglich der Krisenpolitik starkes Unbehagen. Es bestanden Zweifel daran, ob es richtig sei, die Banken zu retten, anstatt sie entsprechend der Wettbewerbslehre bankrottgehen zu lassen. Die gewaltigen finanziellen Rettungspakete zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Banken waren ebenso strittig wie die Politik der Zentralbanken, die Zinsen immer weiter zu senken oder mit immer neuen Instrumenten den Banken Geld in großem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Die Auseinandersetzungen über das Krisenmanagement haben die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen, namentlich in der EU, enorm vertieft. In den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen entzündet sich der Dissens vor allem an der Vergemeinschaftung der Haftung für die Staatsschulden von Mitgliedsstaaten der Eurozone. In Deutschland wurde Kritik am deutlichsten vom Verband „Die Familienunternehmer“ geäußert, der sich dezidiert gegen die Notkredite für Griechenland und andere Krisenländer ausgesprochen hat (vgl. Heine/Sablowski 2013). Auch aus der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU oder von einzelnen Abgeordneten der Regierungskoalition kam immer wieder Kritik an der „Rettungspolitik“ der Bundesregierung. Inzwischen hat diese Position in der AfD einen neuen, eigenständigen parteipolitischen Ausdruck gefunden. Um europäische Finanztransfers abzuwehren, sind diese Akteure bereit, die Währungsunion aufzugeben. Die hegemoniale Fraktion des transnational orientierten, monopolistischen Kapitals, die sich in Deutschland vor allem im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) artikuliert, setzt demgegenüber weiterhin auf die Aufrechterhaltung der Europäischen Währungsunion in ihrer gegenwärtigen Form und befürwortet auch eine weitere Vertiefung der europäischen Integration.

Auch in den Machtblöcken der Länder mit Leistungsbilanzdefiziten entwickelte sich eine ähnliche Spaltungslinie: Die schwächeren Kapitalfraktionen forderten eine stärker wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik oder gar die Auflösung der Währungsunion, um wieder geldpolitische Spielräume auf nationaler

Ebene gewinnen sowie die eigene Konkurrenzfähigkeit durch Abwertung der nationalen Währung steigern zu können. Aber auch in diesen Ländern dominieren die transnational orientierten Kapitalfraktionen, die an den Disziplinierungsinstrumenten der Wahrungunion und der Austeritätspolitik festhalten wollen.

Demgegenüber stehen die Regierungen in Polen oder Ungarn bereits für eine stärker nationalistisch orientierte Politik. So brachte die Regierung Orban die ungarische Zentralbank – ungeachtet heftiger Kritik aus anderen EU-Staaten – unter ihre Kontrolle und setzte eine stärkere Besteuerung des transnationalen Finanzkapitals durch, während sie die transnationalen Konzerne im industriellen Sektor verschonte. Das gewachsene Gewicht der Visegrad-Staaten – ihr Anteil an der verarbeitenden Industrie in der EU ist erheblich gestiegen – zeigt sich auch in ihrem selbstbewussten Auftreten in der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Allerdings verfolgen diese Regierungen in anderer Hinsicht außenpolitisch keine einheitliche Linie. So neigt die Regierung Orban zu einer Annäherung an Putin, während Polen gegenüber Russland eine konfrontative Haltung einnimmt und zu diesem Zweck auch eine stärkere militärische Zusammenarbeit in der EU befürwortet. Insgesamt haben die Widersprüche in den herrschenden Klassen in den EU-Staaten zu einer stärkeren Formierung konservativer, nationalistischer und faschistischer Kräfte geführt.

2.5 Der Aufstieg der Rechten und die Momente des Ausnahmezustands

Rechte Strömungen und Parteien erhalten derzeit Zulauf. Der Aufstieg der Rechten seit dem Ausbruch der Krise erfolgte zunächst parallel zum Aufstieg der Linken in einigen Ländern und war insofern Ausdruck einer wachsenden politischen Polarisierung. Inzwischen verbinden sich mit ihm aber auch Niederlagen der Kämpfe der beherrschten Klassen und das Scheitern der Linken. Ähnlich wie in der Krise nach dem Ersten Weltkrieg bzw. in den 1930er Jahren stellt sich nun die Frage, ob auf die Niederlage der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen ein Prozess der Faschisierung folgt.

Der rechte Populismus ist an sich nicht neu: Die SVP in der Schweiz, den Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich, die Lega Nord in Italien gibt es seit Langem. Die FPÖ bildete seit 2000 mit der ÖVP in Österreich für sieben Jahre eine Regierung, die neoliberale Politik verfolgte, öffentliches Eigentum privatisierte und enorm korrupt war; dennoch gelingt es der FPÖ ähnlich wie der SVP, sich als eine Partei außerhalb des Establishments zu präsentieren. In Italien regierte längere Zeit eine rechte Koalition unter Führung von Silvio Berlusconis Forza Italia und unter Einschluss der regionalistischen Lega Nord und der aus dem neofaschistischen MSI hervorgegangenen Alleanza Nazionale. Doch es bildeten und bilden sich auch neue Parteien wie etwa die AfD. Während manche Parteien

wie die Alleanza Nazionale oder der Front National in der Vergangenheit ihr Auftreten gemäßigt haben, um breitere Wählerschichten zu erreichen, rücken andere Parteien wie PiS in Polen oder Fidesz in Ungarn jetzt noch weiter nach rechts. Das Führungspersonal radikalisiert sich und drängt die Bevölkerung in national-populistische Bündnisse hinein. Im Anschluss an Stuart Hall (1986) kann von einem autoritären Populismus gesprochen werden.

Tatsächlich gab es seit 2010 nicht nur den Aufbruch von Demokratiebewegungen und Massenproteste gegen die Austeritätspolitik. Mit dem Massaker, das Anders Breivik am 22.7.2011 in Norwegen unter Mitgliedern der sozialdemokratischen Jugend anrichtete, machte er auf drastische Weise offenkundig, dass es eine gewaltbereite, faschistische Strömung in Europa gibt, die sich auf ein breites Reservoir von national-populistischen Ressentiments, auf Homophobie, auf anti-islamischen Rassismus, auf Eurozentrismus und Antigenderismus stützen kann. Diese Ressentiments werden in allen europäischen Staaten durch rechte Parteien mobilisiert, organisiert und politisch vertreten. Dort, wo sie in Kommunen, Regionen oder nationalen Regierungen relevante Positionen erlangen, können sie folgenreich Entscheidungen treffen. Im Alltag kommt es zu rassistischen Übergriffen, rechtsterroristischer Gewalt und Morden, VertreterInnen demokratischer Parteien oder AntifaschistInnen werden medial und körperlich angegriffen. Das Demokratieproblem soll durch den Bezug auf das biologische oder kulturelle Volk gelöst werden, das als Schicksals- und Herkunftsgemeinschaft verstanden wird, und das seinen Ausdruck im Programm und in den Äußerungen einer Partei und führender PolitikerInnen finden soll.

Rechte Politik schürt Verunsicherung, indem ständig betont wird, die Sorge der BürgerInnen um ihre Sicherheit werde von der sogenannten politischen Klasse nicht ernst genommen. Dabei wird gelogen: linke Gewalt und Gewalt von Ausländern wird aufgebauscht, die Kriminalstatistiken werden schlicht ignoriert. Die „Politik der Verunsicherung“ wird verknüpft mit einem Kampf um die Geschlechterverhältnisse, welcher sich in Form eines Angriffs auf den „Genderismus“ und Feminismus artikuliert. Verknüpft ist dies mit dem Versprechen neuer Sicherheit: „Geschlechtliche Verunsicherungen“ werden durch einen (neuen) Fokus auf Familie, auf eine Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen und einen Angriff auf autonome Weiblichkeit beantwortet. Die Kehrseite dieser „Politik der Verunsicherung“ ist somit eine neue soziale und geschlechtliche Ordnung und die (vermeintliche) Wiederherstellung von Kontrolle.

Antimuslimischer Rassismus und die Ausbreitung einer neuen Religiosität als Reaktion auf die Erfahrungen mit rassistischer Unterdrückung sind zwei Seiten einer Medaille. Im Extremfall nimmt die Kritik an der Unterdrückung von MuslimInnen, der globalen Vorherrschaft des Westens und seiner imperialistischen Politik selbst terroristische Formen an. Verschiedene Formen der reaktionären

Krisenbearbeitung stehen sich gegenüber – der von Samuel Huntington beschworene *clash of civilisations* wird so zur Wirklichkeit, und die nach dem Ende des Kalten Kriegs einsetzende Suche konservativer Kräfte nach neuen Feindbildern scheint vom Erfolg gekrönt. Die terroristischen Anschläge islamistischer Gruppen oder Einzeltäter in London, Madrid, Paris, Brüssel oder Nizza verstärken den Eindruck von Unsicherheit und legitimieren den Ausbau repressiver Staatsapparate und die Einschränkung von Bürgerrechten bis hin zur Durchsetzung des Ausnahmezustands (vgl. Oberndorfer in diesem Heft).

Die Rechtsentwicklung ist Ausdruck einer Spaltung innerhalb der kapitalistischen Machtblöcke. Einzelne seiner Fraktionen können sich mit autoritär-populistischen Strategien auch auf Teile der ArbeiterInnenklasse stützen. Ob deren Unterstützungsbereitschaft als politische Notwehr zu deuten ist, wie Didier Eribon meint (2016: 90), ist noch zu diskutieren. Es ist nicht auszuschließen, dass sich wohlstandschauvinistische und rassistische Überzeugungen durchaus auch bei ArbeiterInnen finden lassen. Jedenfalls sind sie bereit, und das häufig stärker als andere Wählergruppen, autoritär-populistischen Parteien ihre Stimme zu geben (vgl. Syrovatka 2015; Chwala 2015). Die AfD fügt sich nicht ohne Weiteres in dieses Bild ein. Denn von Einzelergebnissen abgesehen, zeichnet sie sich bundesweit nicht durch eine besonders starke Verankerung in unteren Teilen der Gesellschaft aus. Vielmehr hätten AfD-AnhängerInnen „überdurchschnittlich hohe Einkommen [...] aber pessimistische Wirtschaftserwartungen“, so Peter Matuschek vom Meinungsforschungsinstitut Forsa (zit. nach Maas/Richter 2016). Eine Studie des kapitalnahen *Instituts der deutschen Wirtschaft* (Bergmann u.a. 2016) stützt – allerdings auf Basis von Zahlen von 2014 – diese Einschätzung: lediglich Grüne und FDP haben einen höheren Anteil ihrer AnhängerInnen im obersten Einkommensfünftel. Die WählerInnenbasis der AfD ist hinsichtlich ihrer ökonomischen Situierung insofern heterogener als die anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa. Ein Zusammenhang lässt sich jedoch mit Blick auf den formalen Bildungsabschluss feststellen: Während die AfD – vergleichbar mit der FPÖ – bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin unter WählerInnen mit universitärem Abschluss oder Hochschulreife schwach abschnitt, ist sie am stärksten unter jenen mit mittlerer Reife, noch deutlich vor WählerInnen mit Hauptschulabschluss vertreten. Horst Kahrs (2016) interpretiert den Aufstieg der AfD vor diesem Hintergrund mit Blick auf eine Konfliktlinie entlang der Bildung: Während die Partei DIE LINKE (und die Grünen) besonders von AkademikerInnen gewählt werden, spreche die AfD vor allem jene an, die danach streben, ihren sozialen Status ohne universitäre Ausbildung (und Fremdsprachenkenntnisse) angesichts zunehmender Transnationalisierung und Selbstoptimierung zu erhalten und zu verteidigen.

In den USA scheint die These, dass die aktuellen rechten Bewegungen in den Milieus deklassierter ArbeiterInnen stark verankert sind, eindeutiger zuzutreffen. Hier hat sich in den vergangenen Jahren eine neue Bewegung am rechten Rand der Republikaner gebildet, deren soziale Basis vor allem, aber nicht nur, in den überwiegend weißen, oftmals christlich-fundamentalistischen Teilen der von Deindustrialisierung und Sozialstaatsabbau besonders stark betroffenen ArbeiterInnenschicht zu finden ist. „Die Soldaten im Klassenkampf sind zugleich auch dessen Opfer“, wie die New York Times es kürzlich in einer Besprechung von Arlie Hochschilds (2016) neuer Studie über die soziale Basis der Rechten formulierte (DeParle 2016). Bereits bei den Präsidentschaftswahlen 2008 kandidierte mit Sarah Palin eine ultrarechte Republikanerin an der Seite von John McCain für das Amt der Vizepräsidentin. Ihre UnterstützerInnenbasis hatte Palin unter anderem in der Klientel der kurze Zeit später gegründeten Tea-Party Bewegung, die zunächst stark libertär und danach zunehmend rechtspopulistisch und konservativ agierte. Mit Donald Trump hat sich die Fragmentierung der Republikaner in eine teils geradezu hilflos anmutende Stammpartei und einen ultrarechten Flügel weiter zugespitzt. Mit Slogans wie „Die Migranten nehmen uns die Jobs weg! Washington ist korrupt! *Make America great again!*“ gelang es ihm, Konservative und ProtestwählerInnen an sich zu binden und die Wahl überraschend deutlich für sich zu entscheiden. In den von Migration geprägten Großstädten stieß Trump zwar überwiegend auf Ablehnung. Hillary Clinton vermochte es jedoch nicht, die kritische Masse zu mobilisieren, die Obama 2008 und 2012 zur Präsidentschaft verholfen hatte. Vielleicht wäre Bernie Sanders der erfolgreichere Gegenkandidat gegen Trump gewesen. Als radikaler Reformier war er für die Demokraten jedoch nicht tragbar und wurde von Hillary Clinton bei den Vorwahlen aus dem Feld gedrängt.

Ohne Zweifel trägt die autoritär-populistische Rechte zu einer Verschärfung der Krisendynamik bei, denn für viele Bevölkerungsgruppen wird die Lebenslage weiter verschlechtert, Rechte werden eingeschränkt, Gewaltpraktiken auf der staatlichen und parastaatlichen ebenso wie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene nehmen zu. Aber auch schon vorher mutete die Normalität für viele wie ein permanenter Ausnahmezustand an, so waren etwa in den USA die Illegalisierung von MigrantInnen, massenhafte Inhaftierungen und *racial profiling* gängig. Die *Black Lives Matter*-Bewegung hat die alltägliche und oftmals mörderische Polizeigewalt gegen Schwarze, Latinos und insbesondere auch queere *people of color* ins öffentliche Bewusstsein gerufen. „Wir werden auf der Straße abgeknallt, ohne dass es irgendwelche rechtlichen Konsequenzen hätte“, wie ein Aktivist es in der Sendung *Democracy now!* formulierte. Auf internationaler Ebene findet die völkerrechtswidrige Praxis außergerichtlicher Hinrichtungen von ZivilistInnen durch Luftangriffe und Drohneneinsätze in Ländern wie Afghanistan, Pakistan, Somalia oder Jemen statt.

Auch in Europa lassen sich parallele Strategien der Herrschaftssicherung und damit verbunden auch eine Entkoppelung der Alltagserfahrung unterschiedlicher Gruppen in ihrem Verhältnis zum Staat feststellen. Besonders offensichtlich ist dies auf dem Feld der Grenz- und Migrationspolitik. Während die BürgerInnen in den Kernländern der EU die aktuelle Krise vermutlich als schwierige Herausforderung, aber wohl kaum als Ausnahmezustand beschreiben würden, fallen Tausende von MigrantInnen der 'Sicherheitspolitik' an den europäischen Außengrenzen zum Opfer: Sie ertrinken im Mittelmeer, ersticken in Containern, verdursten oder erfrieren auf ihrem Weg ins vermeintlich sichere Europa (siehe auch PROKLA 140 und 183). Wer es lebendig über die Grenze schafft, wird von rechten Gruppierungen drangsaliert, von der Polizei verhaftet, in Lagern festgehalten und so schnell wie möglich wieder außer Landes gebracht.

2.6 Neuer Faschismus?

Die Entwicklungen in den vergangenen Jahren, die austeritätspolitischen Maßnahmen, die teilweise mit ausnahmestaatlichen Mitteln implementiert wurden, die staatlichen Kontrollmechanismen (Ausbau und Integration der Polizei, Datenerfassung und Überwachung), das autoritäre Grenzregime, die Verhängung des Not- und Ausnahmezustands, die drastische Einschränkung von bürgerlichen Freiheitsrechten, die Entwicklung von autoritär-populistischen und rassistischen Parteien und zahlreiche rechte zivilgesellschaftliche Aktivitäten legen nahe, vielleicht nicht von Faschismus, aber von einer Tendenz der Faschisierung zu sprechen. Während der 'Normenstaat' für die als NormalbürgerInnen geltenden Menschen einigermaßen verlässliche Regularien und Verfahren schafft, mithin gesellschaftliche Normalität und Kontinuität aufrechterhält, gehen die Organe des 'Maßnahmenstaats' (Fraenkel 1984) rücksichtslos gegen alles vor, was von den gesellschaftspolitischen Zielen abweicht.

Die Tragweite politischer Veränderungen kann unter- oder überschätzt werden – in beiden Fällen kann es zu strategischen Fehlern kommen. In der PROKLA war die Anwendung des Begriffs des Faschismus bereits bei der Analyse der Krise in den 1970er Jahren Thema. So argumentierten Christel Neusüß u.a. 1971 in ihrer Analyse der damaligen Weltwährungskrise, die politischen Maßnahmen zur Bereinigung der Krise würden auch politischen Gegendruck hervorrufen, „eine Entwicklung, die vorderhand nur als Stärkung faschistischer Tendenzen zu interpretieren ist“ (ebd. 115). Saloppe – und meist nicht weiter begründete – Hinweise auf drohende faschistische Entwicklungen ließen sich damals bei linken Gruppierungen häufig finden. 1978 kam die PROKLA-Redaktion bei ihrer Einschätzung der aktuellen Situation zu einem anderen Ergebnis. In der Erklärung *Über die Schwierigkeiten, mit den Problemen des Terrorismus fertig zu*

werden wurde das Jahr 1977 zwar als maßgeblicher Wendepunkt gesehen, „vielleicht eines der für die zukünftige Entwicklung entscheidendsten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn die Anschläge auf Buback, Ponto, Schleyer haben wie Katalysatoren bei der Rückwärtsentwicklung in die autoritäre Demokratie funktioniert.“ (Redaktion 1978: 135) Allerdings hätten die Änderungen im Straf- und Polizeirecht sowie die militärische Aufrüstung des Staatsapparates zur Bewahrung der „inneren Sicherheit“ im Rahmen des bisherigen Rechtsstaates stattgefunden, insofern sei kein „neuer Faschismus“ zu erkennen: „Nicht nur die demokratische Republik, sondern auch der einer deutschen, preußischen Tradition entsprechende Obrigkeitsstaat lassen sich *rechtsförmlich* organisieren. Allerdings bedeutet diese Rechtsförmlichkeit des Rechtsstaates eine Perversion des historisch gewachsenen Begriffs des bürgerlichen Rechtsstaats.“ (ebd.: 136) Damit wandte man sich gegen die Redeweise von „mikrofaschistischen Strukturen“, wie sie Intellektuelle wie André Glucksmann oder Félix Guattari allenthalben erblickten.

Vergleiche mit dem historischen Faschismus sind immer schwierig, und die Geschichte wiederholt sich nicht. Nicos Poulantzas (1970) folgend sind die verschiedenen Stadien der kapitalistischen Entwicklung durch verschiedene Staatsformen gekennzeichnet. Jede dieser Formen entwickelt spezifische Formen des Ausnahmestaats. Der historische Faschismus setzte sich in einer ganz anderen Situation durch. Sozialistische und kommunistische Orientierungen waren in der Arbeiterbewegung damals weitaus stärker verankert als heute, in Russland hatte sich eine sozialistische Revolution erfolgreich behauptet und fand umfassend Unterstützung im Westen, das traditionelle Kleinbürgertum war zahlenmäßig erheblich stärker und innerhalb der Machtblöcke hatten die feudal geprägten Großgrundbesitzer ein größeres Gewicht, die Hegemonie des Monopolkapitals war auch gegenüber dem nichtmonopolistischen Kapital noch nicht gefestigt (vgl. auch Abraham 1986). Andererseits sind gewisse Parallelen zwischen dem Faschierungsprozess der 1920er und 1930er Jahren und der heutigen Situation unübersehbar. In beiden Fällen folgen die gesellschaftlichen Rechtsverschiebungen auf eine Niederlage der Arbeiterklasse in einer Krisensituation. Auch heute scheint die Herrschaftssicherung nicht mehr allein auf Grundlage rechtsförmlicher bzw. rechtsstaatlicher Mittel zu funktionieren. Poulantzas (2002) diagnostizierte in den 1970er Jahren eine neue Form des parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaates, die er als „autoritären Etatismus“ bestimmte. Ob dieser Begriff angesichts der Veränderungen staatlicher Praktiken durch Governance – neoliberaler staatlicher Steuerungsmodelle, die die Verwaltungen erheblich geschwächt und um zivilgesellschaftliche Akteure ergänzt haben – tatsächlich geeignet ist, muss eingehender und von Land zu Land analysiert werden. Das gilt auch für die Brüche mit der Normalform des kapitalistischen Staates und die Übergänge in den Ausnahmestaat.

Die Formen des kapitalistischen (Ausnahme-)Staates können sich natürlich ändern. Die historische Forschung zeigt zudem, dass der Ausnahmezustand unzulänglich begriffen wäre, wenn er nur an Rechtsnormen festgemacht würde (vgl. Lüdtke/Wildt 2008). Denn der Ausnahmezustand bildet eigene Normalitäten aus; er wird auch von den Bevölkerungsgruppen in verschiedener Weise wiederum für eigene Interessen genutzt, sodass sie sich auch über längere Zeiträume hinweg mit Ausnahmezuständen arrangieren. Wahrscheinlich benötigen wir neue Begriffe, um diese neue historische, neoliberale, transnationalisierte Staatsform und die spezifische Form des Ausnahmestaats zu erfassen. Gleichwohl kann der Vergleich mit den historisch unterschiedlichen Ausprägungen des Faschismus – bei aller gebotenen Vorsicht – auch zu einem besseren Verständnis der Gewaltförmigkeit des aktuellen Krisenmanagements in den kapitalistischen Zentren beitragen.

2.7 Die Verschärfung der geopolitischen Konflikte und die wachsende Kriegsgefahr

Die von George H. W. Bush 1991 ausgerufene „neue“, vom „Westen“ dominierte und die ganze Welt mit Kapitalismus und liberaler Demokratie beglückende Weltordnung hatte – wenn überhaupt – nur kurze Zeit Bestand (siehe PRO-KLA 181). An ihre Stelle ist eine Vielzahl von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten mit sich überlagernden und immer wieder verschiebenden Kräftekonstellationen getreten. Die globale Vorherrschaft des „Westens“, der alten kapitalistischen Zentren, wird durch neu aufsteigende kapitalistische Mächte herausgefordert. An erster Stelle sind hier China und Russland zu nennen. Einerseits hat die Transformation des „real existierenden Sozialismus“ dem Kapital ein enormes Reservoir an Arbeitskräften und neue große Märkte erschlossen. Andererseits aber sind die herrschenden Klassen der neu bzw. auf neue Weise in den Weltmarkt integrierten Länder nicht gewillt, sich auf eine niedere Position in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung als Rohstofflieferanten und verlängerte Werkbänke des Westens beschränken zu lassen. Nicht nur in China und Russland, auch in weiteren Ländern wie dem Iran, der Türkei oder Brasilien formieren sich neue nationale Bourgeoisien, die mit den Bourgeoisien der alten Zentren in Konflikt geraten. Dabei sind die aufstrebenden Staaten selbst von heftigen inneren Konflikten geprägt. Ihre innere strukturelle Heterogenität ist größer als die der alten kapitalistischen Zentren; die Koexistenz verschiedener Produktionsweisen und -formen bedingt eine komplexere Klassenstruktur und vielfältige Konflikte zwischen herrschenden und beherrschten Klassen. Auch innerhalb der Machtblöcke gibt es vielfältige Widersprüche, vor allem zwischen den neuen nationalen Bourgeoisien, neuen inneren Bourgeoisien und

Kompradorenbourgeoisien⁵, die von den Bourgeoisien der alten Zentren unmittelbar abhängig sind. Die Entwicklungsweisen der aufstrebenden kapitalistischen Staaten sind alles andere als gefestigt; Verschiebungen der Kräfteverhältnisse haben gravierende Auswirkungen.

Die besten Voraussetzungen für den Aufstieg in der internationalen Arbeitsteilung hat zweifellos China, das aufgrund seiner gewaltigen Ressourcen am wenigsten von den alten imperialistischen Mächten erpressbar ist. Die Regierung versucht gegenwärtig, das Land von der exportorientierten Entwicklungsweise auf eine stärker binnenzentrierte Entwicklungsweise umzustellen und „nationale Champions“ aufzubauen, die von ausländischem Kapital zunehmend unabhängig sind und zu neuen Konkurrenten westlicher Konzerne heranwachsen. Die Konzerne des Westens benötigen China als Absatzmarkt und Produktionsstandort, sind aber nicht daran interessiert, dass dort unabhängige Konkurrenten entstehen. Dementsprechend gibt es heftige Konflikte um den von der chinesischen Regierung angestrebten Wissenstransfer, um geistige Eigentumsrechte sowie um den Zugriff auf Rohstoffe und andere Ressourcen in Drittstaaten. Als Reaktion auf die chinesische Entwicklung hat sich die Politik der USA gegenüber China deutlich geändert. In den 1990er Jahren war sie vor allem auf die Integration Chinas in die von den USA dominierte Weltordnung gerichtet; der WTO-Beitritt Chinas ist charakteristisch für die Konvergenz der chinesischen und US-amerikanischen Strategien in jener Phase. In den letzten Jahren betrieben die USA allerdings eine Politik, die sich stärker auf die Einkreisung und Isolation Chinas richtet. Die Verhandlungen über das *Trans-Pacific Partnership Agreement* (TPP) und das *Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership Agreement* (TTIP) – die China ausschließen und mit denen die USA bisher versuchten, die übrigen Staaten im pazifischen Raum und die EU enger an sich zu binden und deren Umorientierung in Richtung China zu verhindern – sind ebenso Ausdruck dieser Strategie wie die zunehmende Verlagerung der militärischen Kapazitäten der USA in den asiatischen Raum (*pivot to Asia*). Es deutet sich aber an, dass sich mit der Wahl von Donald Trump die außenpolitische Orientierung der USA erneut ändern könnte. Die EU versucht ihrerseits, mit den Verhandlungen über CETA und TTIP, der Verlagerung des Gravitationszentrums des globalen Kapitalismus vom atlantischen in den pazifischen Raum entgegenzuwirken und ihre Isolation gegenüber einem potenziellen „Chimerika“ zu verhindern. Auch diese politische Orientierung könnte mit einem Schwenk der US-Politik obsolet werden. Die handels- und investitionspolitischen Strategien der USA und der EU stoßen

5 Zur Unterscheidung von nationaler und innerer Bourgeoisie sowie Kompradorenbourgeoisie vgl. Poulantzas 1975 und mit Blick auf die Transnationalisierung der Herrschaftsverhältnisse und der entsprechenden Staatsform Wissel 2007.

jedenfalls im Inneren der beteiligten Länder auf massiven Widerstand. Der Sog Chinas ist gleichwohl gewaltig. Das zeigen solche Projekte wie die „neue Seidenstraße“, die chinesischen Investitionen in Hafenanlagen, Eisenbahnen, Agrarflächen oder den Aufkauf von Unternehmen. Angesichts dieser Gemengelage wächst die Gefahr militärischer Konflikte, wie die Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer zeigen.

Der Aufstieg Chinas hat die Spielräume der von den alten kapitalistischen Zentren abhängigen peripheren und semiperipheren Staaten erheblich vergrößert, gleichzeitig droht ihnen jedoch eine neokoloniale Abhängigkeit anderer Art. Durch die zusätzliche Nachfrage nach Rohstoffen sind deren Preise bis zur jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich gestiegen, wovon die Rohstofflieferanten profitieren konnten. Nicht zuletzt die Welle linker Regierungen in Lateinamerika in den 2000er Jahren beruhte auf diesen Verschiebungen im Weltmarkt. Nur in dieser Region waren die Versuche, mit dem Neoliberalismus zu brechen, erfolgreich – aber eben auch nur partiell und temporär, wie sich inzwischen zeigt. Die zusätzliche Nachfrage nach Rohstoffen und industriellen Fertigwaren schuf die Grundlage für den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, für die temporäre Verbindung von exportorientierten Entwicklungsstrategien und „sozialdemokratischer“ Umverteilung in Ländern wie Brasilien, Argentinien, Venezuela, Ecuador und Bolivien. Auch die Zurückdrängung der Kompradorenbourgeoisie unter Putin in Russland und die Versuche, das Land zu reindustrialisieren, haben vom Aufstieg Chinas profitiert. Allerdings wurden durch den Anstieg der Rohstoffpreise und durch entsprechende strategische Entscheidungen in den USA auch die Bedingungen für eine gegenläufige Bewegung geschaffen (vgl. Daniljuk 2015): Durch die Erschließung unkonventioneller Öl- und Gasquellen und die Nutzung neuer Technologien wie Fracking wurde die globale Produktionskapazität für fossile Energieträger deutlich erhöht. In Verbindung mit der infolge der globalen Wirtschaftskrise und des Wachstumsrückgangs in China einbrechenden Nachfrage hat dies zu einem Preisverfall in den Rohstoffmärkten geführt. Dieser hat die Rohstoffproduzenten und mit ihnen auch die neuen nationalen Bourgeoisien und die lateinamerikanischen Linksregierungen in die Krise gestürzt. In Ländern wie Venezuela, wo die Armut zuvor reduziert wurde, kommt es nun wieder zu krassen Versorgungsproblemen. Die Grenzen von Transformationsversuchen – seien es national-kapitalistische oder „sozialistische“⁶ –, die den Extraktivismus und die abhängige Position in

6 Die sozialistischen Merkmale des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ waren auch in Venezuela, Ecuador und Bolivien sehr beschränkt. Die Macht der traditionellen Oligarchien wurde nicht wirklich gebrochen. Die Bodenrenten, die der Staat im Rahmen der extraktivistischen Entwicklungsstrategie einstrich, wurden vor allem in

der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung nicht überwinden, sind einmal mehr schlagend deutlich geworden. Der Iran sah sich – auch aufgrund der verschärften Sanktionen – im Atomstreit gezwungen, den Ausgleich mit dem Westen zu suchen. In Lateinamerika werden die Linksregierungen nach und nach abgewählt oder per „kaltem Putsch“ wie in Brasilien aus dem Amt entfernt. Dabei profitiert nun die Rechte von dem verbreiteten Unmut, dass die Linke es nicht geschafft hat, korrupte politische Verhältnisse und die soziale Ungleichheit zu überwinden und eine demokratische Wirtschaft zu organisieren.

Lediglich im Falle Russlands konnten die alten imperialistischen Mächte nicht von der Schwächung von dessen Wirtschaft durch den Rohstoffpreisverfall profitieren. Der Westen unterschätzte die Bereitschaft Putins, die ökonomische Schwächung durch resoluteres militärisches Auftreten zu kompensieren, wie sich zunächst in der Ukraine und dann in Syrien gezeigt hat. Die Spannungen zwischen der EU und Russland werden von einer wechselseitigen energiepolitischen Abhängigkeit und von den Interessengegensätzen überlagert, die innerhalb der EU in der Sanktionsfrage bestehen (vgl. Wissen 2016). Die zwischenzeitliche Annäherung zwischen den USA und Russland bei der Bekämpfung des IS in Syrien ist im Bombenhagel auf Aleppo untergegangen, der unermessliches Leid verursacht. Der NATO-Staat Türkei und Russland, die in Syrien gegensätzliche Interessen verfolgen und deren Beziehungen nach dem Abschuss eines russischen Kampffjets durch die Türkei im November 2015 eingefroren worden waren, treiben gerade mit Macht die wirtschaftliche und energiepolitische Wiederannäherung voran.

Während nach der Jahrtausendwende zunächst ein Rückgang der weltweit geführten Kriege festgestellt wurde, hat sich dieser Trend im letzten Jahrzehnt umgekehrt und in den betroffenen Ländern zu den höchsten Opferzahlen seit dem Ende des Kalten Krieges geführt, und zwar insbesondere im Irak, in Afghanistan, in der Ukraine, in Israel-Palästina, im Jemen und ganz besonders in Syrien. Alle diese Konflikte sind in hohem Maße internationalisiert (Pettersson/Wallensteen 2015). Parallel dazu hat der Waffenhandel zugenommen. In den Jahren nach 1990 war viel von der durch das Ende der Ost-West-Konfrontation möglichen „Friedensdividende“ die Rede – in der Tat haben viele europäische Länder und auch Russland ihre Verteidigungshaushalte zunächst zurückgefahren. In den USA fand dergleichen – trotz des offiziellen Endes des Kalten Krieges – nicht statt, u.a. weil nun tatsächlich Kriege im Irak und in Afghanistan geführt

Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Armen gesteckt, soweit sie nicht in den Korruptionskanälen der herrschenden Klassen und des Staatspersonals versickerten. Zu kurz kam dabei der Versuch, die Abhängigkeit von einigen wenigen Exportprodukten durch eine Diversifizierung der Industriestruktur zu reduzieren.

wurden. Aber inzwischen sind auch neue Akteure dazugekommen, etwa Schwellenländer wie Brasilien oder Indien, die ihre Militärhaushalte kräftig aufgestockt haben. International ist von Mitte der 1990er Jahre bis 2009 ein starker Anstieg der Militärausgaben zu registrieren, seither stagnieren sie auf hohem Niveau und entsprechen ungefähr denjenigen in den letzten Jahren des Kalten Krieges. Die absolut größten Militärhaushalte leisten sich die USA, China, Saudi-Arabien, Russland und Großbritannien (Perlo-Freeman u.a. 2015: 1). In Zeiten, in denen innerhalb politischer Blöcke wie der EU, aber auch global zwischen den USA, Russland und China wachsende Konkurrenzen und Spannungen auftreten, und in denen autoritäre oder militärische Lösungen eine Aufwertung erfahren haben, müssen vor allem zwei Entwicklungen beunruhigen. Zum einen haben gerade Länder, die direkt oder indirekt an militärischen Konflikten beteiligt sind, ihre Militärhaushalte im letzten Jahrzehnt massiv erhöht (USA, Russland, Saudi-Arabien). Zum anderen hat der Waffenhandel insbesondere seit dem letzten Jahrzehnt einen neuen Boom erlebt, und zwar sowohl bei Großwaffen wie auch bei Kleinwaffen.

Auch wenn die Verflechtungen zwischen den kapitalistischen Staaten durch internationale Produktionsnetzwerke heute weitaus stärker sind als in früheren Perioden und sich daraus auch machtvolle gemeinsame Interessen der herrschenden Klassen ergeben, muss mit einer weiteren Verschärfung geopolitischer Konflikte um Rohstoffe, um die Hoheit im Weltraum und einer Zunahme von Auseinandersetzungen gerechnet werden, die militärisch oder im Cyberspace ausgetragen werden. Konflikte werden auch um die Kontrolle über Information, kritische Infrastrukturen, staatliche Verwaltungen, Wissen in Unternehmen oder demokratische Abstimmungen ausgetragen. Gewalt wird neue Formen annehmen. Im Übrigen wissen wir aus der Geschichte, dass der Kapitalismus sich nicht linear entwickelt und nicht notwendigerweise ein höheres Niveau der Vergesellschaftung aus sich heraus erzeugt: Nach einer Phase der beschleunigten Internationalisierung des Kapitals kam es zu einer Desintegration des Weltmarkts, verbunden mit zwei Weltkriegen. Auf dieser Basis entwickelten sich dann die nationalen Wohlfahrtsstaaten der kapitalistischen Zentren und konnten Regierungen in einer Reihe von peripher-kapitalistischen Staaten autozentrierte Strategien der Importsubstitution und der nachholenden Industrialisierung verfolgen – bis sich der nationalstaatliche Rahmen erneut als zu eng für die Akkumulation des Kapitals erwies.

2.8 Die gegenwärtige Situation in historischer Perspektive

Es ist eine der Streitfragen in der Linken, wie die gegenwärtige Situation im historischen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung einzuordnen ist. Handelt

es sich um eine Krise, mit der nun erst eine Periode abgeschlossen wird, die mit der großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre begann (vgl. dazu den Beitrag von Ingo Schmidt in diesem Heft)? Oder signalisiert die Krise – wenn man davon ausgeht, dass die fordistische Periode, die mit der Krise der 1930er Jahre begann, bereits in den 1970er Jahren beendet wurde – vielmehr das Ende des Postfordismus? Ist damit gleichfalls der Neoliberalismus zu Grabe getragen worden, weil dessen ordnungspolitische Konzepte in der Krise mehr oder weniger aufgegeben wurden? Handelt es sich möglicherweise sogar um eine Krise, die das bevorstehende Ende des Kapitalismus signalisiert? Autoren wie Immanuel Wallerstein haben schon lange vor der jüngsten Krise prognostiziert, dass das nahe Ende des Kapitalismus bevorsteht (vgl. zuletzt Wallerstein u.a. 2014), aber es ist frappierend, dass sich Publikationen zu dieser Frage häufen und dass z.B. auch Wolfgang Streeck (2015), ein ehemaliger Vordenker der neoliberalen Sozialdemokratie, in den Chor, der vom Ende des Kapitalismus kündigt, einstimmt. Andererseits spricht Colin Crouch (2011) vom „befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“, Stefan Lehndorff (2012) vom „Triumph gescheiterter Ideen“. Überwiegen also doch Momente der Kontinuität gegenüber jenen des Bruchs? Setzt sich mit der jüngsten Krise erst ein neuer Kapitalismustyp richtig durch, der sich in den vergangenen Jahrzehnten langsam entwickelt hat, wie Wolfgang Fritz Haug (2012) in seiner Analyse des Hightech-Kapitalismus nahegelegt hat? Hat die Periode des Neoliberalismus bzw. der finanzdominierten Akkumulation vielleicht doch noch nicht ihr Ende erreicht? Diese Fragen werden sich letztendlich erst in der Rückschau schlüssig beantworten lassen, wenn die gegenwärtige Situation selbst Geschichte geworden ist. Dennoch sollen hier noch einige Überlegungen zu diesen Fragen angestellt werden.

Die angesprochenen Fragen sind auch für die Strategie der Linken von Bedeutung. Eine verbreitete Sichtweise ist, dass wir es mit einer offenen Übergangssituation zu tun haben, in der das Alte noch nicht völlig vergangen sei und das Neue sich noch nicht durchgesetzt habe. Der Neoliberalismus und der Kapitalismus hätten an Zustimmung verloren. Im Anschluss an Gramsci wird deswegen von einer „Hegemoniekrise“ bzw. einer „organischen Krise“ gesprochen. Gramsci wendete sich mit diesen Begriffen gegen ein ökonomisch verengtes Verständnis der Krise: Wirtschaftskrisen können zwar die Ausbreitung umfassender politischer Krisenerscheinungen begünstigen, letztere lassen sich jedoch nicht auf ökonomische Krisenereignisse reduzieren, sondern folgen einer eigenen Dynamik und bilden daher auch einen eigenen Gegenstand der Untersuchung. Das genuin politische Moment der ‚organischen Krise‘ besteht darin, dass die gesellschaftlich vormals führende Klasse ihre Hegemonie, das heißt ihre „Fähigkeit zur Führung und Organisation eines aktiven Konsenses“ (Candeias 2013: 22), verliert. In dieser Situation müssen die Herrschenden verstärkt auf Zwangsmittel zurückgreifen.

Diesen Überlegungen folgend wird der Einsatz zunehmend autoritärer Mittel nicht allein als Maßnahme zur Stärkung, sondern – durchaus optimistisch – als Zeichen der Schwächung der herrschenden Kräfte interpretiert, wodurch sich auch für die Linke ein politisch bedeutsames Gelegenheitsfenster auf-tue. Die Gewalt, die den Herrschenden zur Verfügung steht, droht damit jedoch verharmlost zu werden, denn es mag zwar sein, dass der Rückgriff auf autoritäre Maßnahmen (Einschränkung der Bürgerrechte, stärkere Überwachung, Regierung mit den Mitteln des Notstandsstaats) auf eine Schwäche der Herrschenden hinweist, doch hilft diese Einsicht denen, gegen die die Gewalt angewendet wird, zunächst einmal nicht. Im Übrigen muss die vermehrte Anwendung von Zwang keineswegs automatisch eine Verminderung von Konsens bedeuten; Verschiebungen im Verhältnis von Zwang und Konsens sind kein Nullsummenspiel. Gewalt kann – in rechten Zusammenhängen – selbst eine Form des Konsenses reflektieren oder erzeugen; die Anwendung von Zwang setzt zumindest bei denen, die sie exekutieren, einen aktiven Konsens, und bei denen, die sie tolerieren, einen passiven Konsens voraus. Noch ein anderer Gesichtspunkt hat für die gegenwärtige konkrete Situation Bedeutung: Die herrschenden Klassen müssen sich keineswegs zwischen Zwang und Konsens entscheiden, ihnen stehen weitere Regierungstechnologien zur Verfügung: Sachzwang und Technokratie, Governance, Disziplin und Kontrolle, biopolitische Strategien, Kontingenz.

Ob und inwieweit die neoliberale Regierungstechnologie hegemonial war bzw. auf Hegemonie zielt, ist strittig (vgl. Demirović 2008). Hegemonie beinhaltet einerseits die Durchsetzung einer bestimmten Weltauffassung durch die Herrschenden und ihre organischen Intellektuellen. Die bürgerliche Klasse muss sich an Kompromisse binden, wie sie Gestalt in Aushandlungen mit den Gewerkschaften, staatlicher Beschäftigung und Nachfrage sowie sozialstaatlicher Absicherung annehmen. Doch gerade davon will sie angesichts der geringeren Profitabilität des Kapitals wenig wissen. Zentrale Elemente der Weltauffassung und politischen Strategie des Neoliberalismus wie der Glaube an den Markt als Ordnungsprinzip, die Notwendigkeit von Privatisierungen oder die Beschränkung von Sozialleistungen sind bei der breiten Masse der Lohnabhängigen eher unpopulär, wie Meinungsumfragen immer wieder gezeigt haben. Andererseits gibt es durchaus so etwas wie einen passiven Konsens, weil konkurrierende Weltauffassungen wie die des Marxismus heute bei den Lohnabhängigen wenig bekannt, wenig verankert sind. Der „real existierende Sozialismus“ hat sozialistisch-kommunistische Bewegungen weitgehend diskreditiert, und diese Hypothek wirkt sich bis heute aus. Dem Neoliberalismus sind gewissermaßen die Gegner abhandengekommen, an denen er sich abarbeiten und durch die er sich überhaupt erst entwickeln konnte. Das erlaubt ihm eine weitreichende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und deren Durchdringung mit einer neuen Rationalität. Da diese

Rationalität in hohem Maße selbstdestruktiv und widersprüchlich ist, kann sie nicht als stark gelten. Gerade deswegen werden autoritär-populistische Bündnisse gebildet. Teile der Bourgeoisie können auch neue Bündiskonstellationen herstellen, die autoritär-populistisch sind. Sie übernehmen die Führung über Subalterne in einer Art plebiszitärem Kurzschluss. Es handelt sich nicht mehr um eine Form liberaler repräsentativer Führung, vielmehr nehmen die populistischen Führer in Anspruch, unmittelbar den Kollektivwillen des Volkes und Staates zum Ausdruck zu bringen. Für die Subalternen ist dies mit rebellischem Konformismus verbunden: sie können zum einen ihre Wut, ihre Verzweiflung über die Verhältnisse und den Gang der Entwicklung ausdrücken. Zum zweiten können sie die Erwartung haben, dass die neuen populistischen Führer tatsächlich so, wie sie versprechen, machtvoll handeln können. Dieser Eindruck kann entstehen, wenn es gelingt, vermeintliche Ursachen für die gesellschaftlichen Probleme quasi logisch zu fixieren, denen gegenüber schnelle Maßnahmen greifen können. Im Fall autoritär-populistischer Politik ist das die rassistische Identifizierung von 'Anderen': sie können drangsaliert, benachteiligt, ausgewiesen werden oder bilden eine Kategorie von Lohnabhängigen, die den autochtonen Lohnabhängigen unterworfen werden können. Diese politische Konzeption, die sich eng mit staatlichen Herrschaftspraktiken verbinden kann, unterscheidet sich dann von den Angeboten linker Parteien, die zwar im besseren Fall eine radikale Opposition darstellen, denen jedoch genau die Macht fehlt, radikale Ziele zu verwirklichen. Dazu müssten sie die Unterstützung durch die Subalternen erfahren bzw. genauer noch: Diese müssten unmittelbar das Ziel anderer Verhältnisse verfolgen, selbst beginnen, zu handeln, sich auch die vorhandenen linken Organisationen aneignen, sie einem radikalen Transformationswillen unterwerfen und Bündnisse eingehen mit denjenigen intellektuellen Kräften, die an diesem Projekt der Transformation arbeiten. Es bildet sich also ein autoritär-populistischer Zirkel, der schwer zu durchbrechen ist. Verstärkt wird er noch durch die Tatsache, dass im Unterschied zum Fall der Hegemonie die Rationalität drastisch geschwächt wird. Durch den autoritär-nationalen Populismus werden die Gefühle der Menschen von der Erkenntnis und der Möglichkeit zur Rationalisierung und Wahrheit abgespalten und desorganisiert. Die Verbindlichkeit von Zahlen, Fakten oder Argumenten besteht nur innerhalb eines Wahrheitsregimes. Der autoritäre Populismus löst die Menschen daraus; ihm gelingt also eine Abspaltung. Nicht jedoch durch eine elaborierte Weltsicht, durch eine komplexere und kohärente Sicht der Dinge, sondern durch die Entkräftung der Bedeutung von Wahrheit und Rationalität.

Wir haben oben schon deutlich gemacht, dass es zahlreiche Momente der Kontinuität der neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise gibt. In Deutschland zeichnen sich aktuell z.B. neue Angriffe der Bourgeoisie ab, die auf

die weitere Senkung der Renten und die Deregulierung der Arbeitszeiten zielen. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, dass die Herrschenden ihre autoritär-neoliberale Politik auf der Basis der skizzierten Regierungstechnologien noch eine ganze Weile fortsetzen können.

2.9 Die Aufgaben der Linken

Auch für die Akteure in den sozialen Bewegungen und die Linke ist es nicht leicht, den Zusammenhang der verschiedenen Krisenprozesse zu erfassen und in ihrer Praxis zur Geltung zu bringen. Viele konzentrieren ihr Engagement auf spezielle Gebiete. Eine Arbeitsteilung innerhalb der Linken ist natürlich notwendig, doch wird diese derzeit kaum planmäßig hergestellt, sondern sie entsteht überwiegend naturwüchsig aufgrund individueller Entscheidungen. Manche bleiben über viele Jahre bei einem Thema, doch viele politische Gruppen neigen zu einem interventionistischen und nomadischen Politikverständnis, die Themen, die Intensität des Engagements, die Mitgliedschaften fluktuieren enorm. Bei welchen Themen und an welchen Orten es zu Mobilisierungen kommt, ist kaum vorauszusagen. Die Verschiebungen erfolgen manchmal sehr schnell. Nach der Niederlage von Syriza war es größtenteils vorbei mit dem Interesse an Griechenland; die Solidarität galt nun den Geflüchteten: „Welcome to stay!“. Als deutlich wurde, dass die „Willkommensbewegung“ keineswegs hegemonial ist und dass von der neuen Situation vor allem rechte Kräfte profitieren, hieß es: „Aufstehen gegen Rassismus!“ Die Phänomene werden oft isoliert für sich genommen; Proteste richten sich gegen die Politik der Euro-Gruppe und der deutschen Regierung, die Entwicklung der Mieten und die Gentrifizierung, das europäische Grenzregime, Extraktivismus, Rassismus und die autoritäre staatliche Politik. All diese Kämpfe sind notwendig, und doch ist die Erfahrung der letzten Jahre, dass sie die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zuungunsten der Subalternen nicht aufhalten konnten. Es fehlt ein integrales Programm, das über die beschränkten Kreise der heutigen Linken hinaus attraktiv und überzeugend ist, und vor allem eine Strategie, um ein solches Programm durchzusetzen. Es sind auch neue Organisationsformen der Linken notwendig, die es ermöglichen, dass die Subalternen selbst zu Protagonisten werden, die alternative Formen populärer Macht, neue Formen der Demokratie entwickeln: sie müssen die politischen Institutionen umbilden und sich die materielle Produktion des Lebens auf neue Weise aneignen.

In der gegenwärtigen Diskussion der Linken ist viel von der Bildung eines „dritten Pols“ die Rede, der gegen die regierenden autoritär-neoliberalen Kräfte einerseits und gegen die neue Rechte andererseits gebildet werden müsste. Dies ist einerseits richtig, denn die diskursive Dynamik wird von den regierenden

neoliberalen Parteien und von der neuen Rechten geprägt, während die Linke weitgehend marginalisiert ist. Andererseits verdeckt die Rede vom dritten Pol, dass die Polarisierung zwischen den regierenden autoritär-neoliberalen Kräften und der neuen Rechten einen anderen Charakter hat als die Polarisierung zwischen jenen Kräften und der Linken. Der autoritäre Populismus bildet eigentlich keinen eigenständigen Pol, sondern ist eine Abspaltung aus dem Machtblock auf der Grundlage einer spezifischen Herrschaftsstrategie. Im ersten Fall liegen dieser Polarisierung vor allem die oben dargestellten Widersprüche und Konflikte innerhalb der Machtblöcke zugrunde, während die Konflikte zwischen der Linken und den bürgerlichen Parteien auf die Polarisierung zwischen ArbeiterInnenklasse und Kapitaleignern verweisen. In vielen Staaten lassen sich solche Polarisierungen beobachten, die jedoch vielfach nicht entlang einer elaborierten Links-rechts-Achse kodiert sind (USA, Österreich, Frankreich, Spanien), sondern in deren Zentrum Fragen der Demokratie, des Verhältnisses zu MigrantInnen, Gender oder Umwelt stehen. In Deutschland sind die Sozialdemokratie und die Grünen heute überwiegend bürgerliche Parteien, die ebenso wie FDP, CDU/CSU oder AfD nur für verschiedene Varianten einer kapitalistischen Klassenpolitik stehen. Die Aufgabe der Partei DIE LINKE und der gesellschaftlichen Linken ist es dagegen, eine umfassende emanzipatorische Politik auszuarbeiten und zur Geltung zu bringen, die auf eine Rekodierung und Überdeterminierung des Feldes durch Gesichtspunkte der 'Klasse' zielt, also die Überwindung der Herrschaft von Menschen über Menschen und Natur. Bündnisse zwischen der Linken und der SPD sowie den Grünen können – nach dem Stand der beiden letztgenannten Parteien und ihres Personals – nur eine geringe Mobilisierungskraft entfalten, wie sich bereits bei den Aktionen des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus!“ gezeigt hat. Dies gilt nach unserer Einschätzung auch für Spekulationen über rot-rot-grüne Regierungsbündnisse. Sie werden die gesellschaftliche Rechtsverschiebung nicht stoppen. Ein solches Regierungsbündnis ist auf Bundesebene ohnehin unrealistisch, weil dafür eine gemeinsame inhaltliche und zahlenmäßige Basis fehlt und selbst viele, die eigentlich dafür wären, unter den gegebenen Bedingungen nicht an seine Realisierung glauben. Die Partei DIE LINKE würde – auch angesichts der schwachen gesellschaftlichen Linken – in einem solchen Bündnis, wenn es gegen alle Wahrscheinlichkeit doch zustande käme, eine subalterne Rolle spielen; sie könnte wenig erreichen, würde letztendlich zur Desorientierung beitragen und Gefahr laufen, sich politisch durch Wähler- und Mitgliederverluste erheblich zu schwächen. Am Ende wäre wohl – ähnlich wie bei der rot-grünen Regierung von 1998 bis 2005 – das neoliberale Prinzip „There is no alternative“ (TINA) wieder bestätigt. Die Linke in ihrer Gesamtheit sollte lieber auf ihre eigene Kraft vertrauen und mit langem Atem um gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Denn es geht um die Alternative Sozialismus oder Barbarei.

Literatur

- Abraham, David (1986): *The collapse of the Weimar Republic*. New York-London.
- Aglietta, Michel (1979): *A theory of capitalist regulation. The US experience*. London.
- Altwater, Elmar (1983): Der Kapitalismus in einer Formkrise. Zum Krisenbegriff in der politischen Ökonomie und ihrer Kritik. In: *Argument-Sonderband 100 „Aktualisierung Marx“*. Hamburg.
- (1994): Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats zum nationalen Wettbewerbsstaat. In: *PROKLA*, H. 97: 517-547.
- Bergmann, Knut u.a. (2016): *Die AfD – eine Partei der Besserverdiener?* Institut der deutschen Wirtschaft, IW Kurzberichte 19/2016. Köln.
- Boyer, Robert (1986): *La théorie de la régulation. Une analyse critique*. Paris.
- Candeias, Mario (2013): „Wenn das Alte stirbt ...“ – Organische Krise bei Antonio Gramsci. In: Michael Brie (Hg.), *„Wenn das Alte stirbt ...“*. Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte Neue Folge, Band 8. Berlin: 14-28.
- Chwala, Sebastian (2015): *Der Front National*. Köln.
- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin
- Daniljuk, Malte (2015): America's T-Strategy. Die US-Hegemonie und die Korrektur der US-Außen- und Energiepolitik. In: *PROKLA*, H. 181: 529-544.
- Demirović, Alex (2008): Neoliberalismus und Hegemonie. In: Christoph Butterwegge u.a. (Hg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden. 17-33.
- (2009): Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie. In: *PROKLA*, H. 157: 589-605.
- /Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg.
- /Sablowski, Thomas (2013): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: Atzmüller, Roland u.a. (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: 187-238.
- DeParle (2016): Why do people who need help from government hate it so much? In: *New York Times*, Book Review, 19.9.2016. URL: nytimes.com/2016/09/25/books/review/strangers-in-their-own-land-arlie-russell-hochschild.html?_r=0, Zugriff: 13.11.2016.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. Berlin.
- Fraenkel, Ernst (1984): *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“*. Frankfurt/M.
- Hall, Stuart (1986): Populär-demokratischer oder autoritärer Populismus?. In: Helmut Dubiel (Hg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt/M.: 84-105.
- Harvey, David (1999): *The Limits to Capital*. London.
- Haug, Wolfgang Fritz (2012): *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*. Hamburg.
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013): *Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien. Berlin.
- (2015): Zerfällt die Europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen, Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone. In: *PROKLA*, H. 181: 563-591
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin-Amsterdam.
- Hochschild, Arlie Russel (2016): *Strangers in their own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York-London.
- Kahrs, Horst (2016): *Die Landtagswahlen 2016 – Acht ausgewählte Aspekte der politischen Verschiebungen*. Manuskript, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, 8.10.2016. URL: horstkahrs.de/wp-content/uploads/2016/09/2016-10-06-Ka-Wahlen-2016.pdf, Zugriff: 13.11.2016.
- Kallert, Andreas (2016): *Die Bankenrettung als politisches Projekt in der Finanzkrise 2007-2009 in Deutschland: zur Kritik der Systemrelevanz*. Diss. Marburg.

- Krumbein, Wolfgang u.a. (2014): *Finanzmarktkapitalismus? Zur Kritik einer gängigen Kriseninterpretation und Zeitdiagnose*. Marburg.
- Lebuhn, Henrik (2014): Krise und Protest in den Städten. Occupy machte sich 2011 auf den Weg um die halbe Welt. In: *PROKLA*, H. 177: 477-494.
- Lehndorff, Steffen (Hg.) (2012): *Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt*. Hamburg.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der 'Regulation'. In: *PROKLA*, H. 58: 109-138.
- Lüdtke, Alf/Wildt, Michael (2008): *Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregime. Historische Perspektiven*. Göttingen.
- Maas, Stefan/Richter, Christoph (2016): *Der AfD-Wähler – das unbekannte Wesen*. Deutschlandfunk, 21.7.2016. URL: deutschlandfunk.de/eine-soziologische-analyse-der-afd-waehler-das-unbekannte.724.de.html?dram:article_id=360821, Zugriff: 13.11.2016.
- Marglin, Stephen A./Schor, Juliet B. (1990): *The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience*. Oxford.
- Neusüß, Christel/Blanke, Bernhard/Altvater, Elmar (1971): Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise. In: *Probleme des Klassenkampfes*, H. 1: 5-116.
- Perlo-Freeman, Sam u.a. (2016): Trends in World Military Expenditure, 2015. In: *SIPRI Fact Sheet*, April: 1-7.
- Pettersson, Therése/Wallensteen, Peter (2015): Armed conflicts, 1946-2014. In: *Journal of Peace Research*, Vol. 52 (4): 536-550.
- Poulantzas, Nicos (1970): *Faschismus und Diktatur*. München.
- (1975): *Klassen im Kapitalismus heute*. Berlin.
- (2002): *Staatstheorie*. Hamburg.
- Redaktion (1978): Über die Schwierigkeiten, mit den Problemen des Terrorismus fertig zu werden. In: *PROKLA*, H. 30: 135-141.
- Reuter, Norbert (2000): Generationengerechtigkeit in der Wirtschaftspolitik. Eine finanzwissenschaftliche Analyse staatlicher Haushalts- und Rentenpolitik. In: *PROKLA*, H. 121: 547-566.
- Scherrer, Christoph (2001): New Economy. Wachstumsschub durch Produktivitätsrevolution? In: *PROKLA*, H. 122: 7-30.
- Schmidt, Dorothea (2013): Fordismus: Glanz und Elend eines Produktionsmodells. In: *PROKLA*, H. 172: 401-420.
- Schmidt, Rudi (2013a): Fordismus/Massenproduktion. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Minssen, Heiner (Hg.): *Lexikon der Arbeits- und Betriebssoziologie*. Berlin: 227-233
- (2013b): Taylorismus. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Minssen, Heiner (Hg.): *Lexikon der Arbeits- und Betriebssoziologie*. Berlin: 447-454.
- Streck, Wolfgang (2015): Wie wird der Kapitalismus enden? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 3: 99-111, und H. 4: 109-120.
- Syrovatka, Felix (2015): Der Aufstieg der Madame Le Pen. Die Strategie des Front National im Europawahlkampf 2014. In: *PROKLA*, H. 180: 387-408.
- Wallerstein, Immanuel u.a. (2014): *Stirbt der Kapitalismus?* Frankfurt/M-New York.
- Wissel, Jens (2007): *Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie*. Baden-Baden.
- Wissen, Markus (2016): Zwischen Neo-Fossilismus und „grüner Ökonomie“. Entwicklungstendenzen des globalen Energieregimes. In: *PROKLA*, H. 184: 343-364.
- Ziltener, Patrick (1999): *Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*. Münster.